

Forschungsbericht Vol.2/2021

Forschungsgruppe
Rechtspopulismus



Luis Caballero

Entwicklung der extrem
rechten und
rechtspopulistischen
Szene unter besonderer
Berücksichtigung von
Rheinland-Pfalz

Herausgeber



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
RHEINLAND-PFALZ e.V.



BDKJ
Bund der Deutschen
Katholischen Jugend
Rheinland-Pfalz

Gefördert von:



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

Forschungsbericht Vol. 2/2021

Luis Caballero

Entwicklung der extrem rechten und rechtspopulistischen Szene unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland-Pfalz

Herausgeber:

Landesverband des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend Rheinland-Pfalz,
Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz, Forschungsgruppe Rechtspopulismus Rheinland-Pfalz

Gefördert von:



Stand: April 2021

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell –Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz.



Der Autor steht für Vorträge und Schulungen zu obigen Themen zur Verfügung. Wenden Sie sich hierzu bitte an die Heinrich Böll Stiftung – Rheinland-Pfalz e.V.

Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e.V.
Walpodenstraße 10
55116 Mainz
06131-905260
mainz@boell-rlp.de

Vorwort

18.05.2021

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigt eine zunehmende Gefährdung durch die extreme Rechte und den Rechtspopulismus. Hierbei liegt nicht nur eine abstrakte Gefährdung vor, wie die der Demokratie und ihrer Institutionen, sondern auch Individuen werden konkret bedroht. Die steigende Anzahl rassistischer und antisemitischer Angriffe seien hier stellvertretend benannt.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, bedarf es des Engagements und der Zusammenarbeit vieler demokratischer Akteure, die trotz ihrer Verschiedenheit die Einsicht eint, dass Demokratie und die Achtung der Menschenrechte die Voraussetzungen für ein friedliches und prosperierendes Zusammenleben Aller sind. Daher freuen sich die Landesstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Rheinland-Pfalz und die Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz, gemeinsam eine Analyse herauszugeben, die das Verständnis über demokratie- und menschengefährdende Potenziale im Bereich der extremen Rechten und des Rechtspopulismus mit gesondertem Blick auf Rheinland-Pfalz befördern soll.

Die Analyse zeichnet aktuelle Entwicklungen nach und informiert über ideologische Hintergründe, Strukturen und Akteure der extremen Rechten und des Rechtspopulismus, um so demokratischen Akteuren als Hilfestellung zu dienen.

Wir danken dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration für die Förderung dieser Analyse.

Andreas Belz

(Landesverband des Bundes der
Deutschen Katholischen Jugend Rheinland-Pfalz)

Alrun Schleiff

(Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz e.V.)

Luis Caballero

Entwicklung der extrem rechten und rechtspopulistischen Szene unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland-Pfalz

Inhalt

Vorwort.....	2
1. Einleitung: Gefährdung der Demokratie und Herausforderung an die Gesellschaft.....	4
2. Merkmale der extremen Rechten und des Rechtspopulismus.....	6
2.1. Extreme Rechte	6
2.2. Die Neue Rechte	9
2.3. Rechtspopulismus	10
2.4. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von extremer Rechte und Rechtspopulismus.....	13
2.5. Funktionen der extremen Rechten und des Rechtspopulismus.....	15
3. Lagebild extreme Rechte und Rechtspopulismus.....	17
3.1. Allgemeine Entwicklungen und Tendenzen.....	17
3.2. Lage in der Bundesrepublik	22
3.2.1. Rechtsterrorismus.....	22
3.2.2. Extreme Rechte	23
3.2.3. Rechtspopulismus	27
3.2.4. Rechte Bewegungen und Netzwerke.....	30
3.3. Lage in Rheinland-Pfalz	37
3.3.1. Allgemeine Entwicklungen und Tendenzen.....	37
3.3.2. Rechte Gewalt	38
3.3.3. Themen, Kampagnen und Akteure	40
3.4. Einschätzung der Gefährdungslage	49
4.Literatur	50
5. Abkürzungsverzeichnis.....	56

1. Einleitung: Gefährdung der Demokratie und Herausforderung an die Gesellschaft

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigt eine zunehmende Gefährdung durch die extreme Rechte und den Rechtspopulismus. Binnen eines Jahres haben allein drei große, rechts motivierte Anschläge die konkrete Gefahr für die Demokratie und das gesellschaftliche Zusammenleben vor Augen geführt:

„Am 2. Juni wurde der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke von einem mutmaßlichen Rechtsextremisten ermordet. Am 9. Oktober wurden zwei Menschen Opfer eines antisemitisch motivierten Anschlags auf eine Synagoge in Halle an der Saale. Die Spur des rechten Terrors setzte sich zu Beginn des Jahres 2020 fort. In Hanau wurden am 19. Februar neun Menschen aus offenkundig rassistischen Motiven getötet und mehrere schwer verletzt, bevor der Attentäter seine Mutter und sich selbst erschoss. [...] **Angesichts dieser unwiderlegbaren Fakten steht es außer Frage, dass der Rechtsextremismus die zentrale Herausforderung unserer Zeit für Staat und Zivilgesellschaft ist.**“¹

Die Gefährdung lässt sich indessen nicht alleine auf den militanten und gewaltausübenden Teil der extrem rechten Szene zurückführen. Vielmehr liegt ein Prozess sich verstärkender wechselseitiger Radikalisierung zwischen extrem rechten und rechtspopulistischen Akteuren vor. In den Diskursen, die oft in geschlossenen Kommunikationskanälen stattfinden, eskaliert die verbale Aufrüstung. Die Skepsis gegenüber der Demokratie oder einzelner demokratischer Elemente verändert sich hin zu einer fundamentalen Ablehnung, verbunden mit Vernichtungsfantasien gegenüber Vertreter*innen staatlicher Organe und gegenüber zivilgesellschaftlich Akteuren, die sich gegen extrem rechte und rechtspopulistische Aktivitäten engagieren. Aus den Gewalt- und Umsturzfantasien entstehen konkrete Handlungsaufträge. So gingen der Ermordung Dr. Walter Lübckes ein intensiv geführter Austausch in entsprechenden Kreisen voraus, der sich von Schmähungen und Herabwürdigung der Person sehr schnell hin zu praktischen Überlegungen entwickelte. Entsprechend wurde die Ermordung von Teilen der Szene akklamatorisch begrüßt, mitunter sogar gefeiert. Ein weiteres eindrückliches Beispiel ist ein Mann aus Neuwied in Rheinland-Pfalz, der aufgrund seines politischen Engagements – besonders seitdem er sich in Form von Leserbriefen kritisch mit der AfD vor Ort auseinandergesetzt hatte – seit April 2018 mehrfach Todesbedrohungen ausgesetzt war. Der Inhalt eines Drohbriefes bezog sich auf den Mord an Dr. Walter Lübcke und drohte dem Mann unmissverständlich mit seiner Ermordung.²

Das vorliegende Papier soll in knapper und bündiger Form ein allgemeines sowie für Rheinland-Pfalz ein spezifisches Lagebild liefern, um die besonderen Gefährdungen der Demokratie durch die extreme Rechte und den Rechtspopulismus abzubilden.

Den vorliegenden Ausführungen liegt der Gedanke zugrunde, dass es bei der gegenwärtigen Gefahrenlage um ein Zusammenspiel von heterogenen Akteuren handelt, die als gemeinsame Grundlage die - zumindest teilweise - Ablehnung demokratischer Grundelemente haben und eine

¹ Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz: Verfassungsschutzbericht (2020); Vorwort Roger Lewentz, S. 3; Hervorhebung durch LC.

² Vgl. Knieper 2019: 16

nationalistische oder völkische Ausrichtung aufweisen. Es geht hierbei um die demokratiegefährdenden Elemente von ideologischen Komplexen und politischen Praxen. Von einer fundamentalen Analyse der programmatischen Konzepte und einzelner Politikfelder wie beispielsweise der Sozialpolitik wird hier abgesehen.

Ziel dieser Ausführungen ist die Ermittlung demokratiegefährdender Potenziale im Bereich der extremen Rechten und des Rechtspopulismus. Zu diesem Zweck soll zunächst eine kursorische Begriffsbestimmung und Darstellung charakteristischer Elemente der extremen Rechten und des Rechtspopulismus erfolgen. Dem schließt sich ein allgemeiner, gesamtgesellschaftlicher Überblick über relevante Entwicklungen und Akteure an, der für Rheinland-Pfalz detaillierter spezifiziert wird.

2. Merkmale der extremen Rechten und des Rechtspopulismus

Um einen handhabbaren Begriff des Gegenstands dieser Ausführungen zu gewinnen, sollen im Folgenden relevante Erscheinungen genauer bestimmt und typische Merkmale der extremen Rechten und des Rechtspopulismus aufgeführt werden, wobei ausschließlich Phänomene in der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden. Die beiden Phänomene werden hier idealtypisch herausgearbeitet. Als Realtypen tauchen sie in der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit als Mischphänomene, Schnittmengen und Überlappungen auf.³

Dabei ist zwischen individuellen (also einzelne Personen) und überindividuellen Akteuren, wie Organisationen, zu unterscheiden. Zu letzteren gehören bewegungsförmige Akteure (bspw. Querdenken), Zusammenschlüsse (bspw. Kameradschaften), Vereine (bspw. Verein für Staatspolitik e.V.) und parteiförmige Strukturen (bspw. NPD).⁴ Bewegungsförmige Akteure und lose Zusammenschlüsse agieren im außerparlamentarischen Raum und weisen eine erhöhte Volatilität in ihrer Zusammensetzung und Handlungsfrequenz auf. Sie sind daher schwieriger zu beobachten und einzuschätzen, wie es bei festen und stärker reglementierten Strukturen der Fall ist.

2.1. Extreme Rechte

Die extreme Rechte ist grundsätzlich ein heterogenes Phänomen vielfältiger Akteure und verschiedener ideologischer Elemente mit unterschiedlichen bzw. unterschiedlich weit reichenden Zielen und Forderungen. Gleichwohl lassen sich typische Muster und zentrale Gemeinsamkeiten erkennen. Als grundlegende Gemeinsamkeit kann die Missachtung oder sogar Ablehnung der „zentralen Werte und Spielregeln des demokratischen Verfassungsstaates“⁵ gelten. Zu diesen gehören die Universalität der Menschenrechte, der soziale und politische Pluralismus, die Bindung der Legislative an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der Exekutive sowie der Jurisdiktion an Recht und Gesetz, mithin die demokratische Gewaltenteilung.⁶ Zu den wichtigsten typischen Merkmalen der extreme Rechten gehören völkisches Denken und Nationalismus, Autoritarismus, Rassismus, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft.

Nationalismus und völkisches Denken konstituieren die Kernidentität der extremen Rechten. Die Nation als ethnische Einheit ist hierbei die maßgebliche Kategorie. Im deutschen Volk seien alle in einer Schicksalsgemeinschaft aneinandergelockt und nur im und durch das Volk könne jeder sein Glück und seine Bestimmung erfahren. Daher soll alles Handeln auf den Fortbestand der Nation ausgerichtet sein. Nationalismus bestimmt sich über Ausgrenzung und definiert, wer nicht dazugehört.

³ In der Wissenschaft generieren Theorie und Empirie Idealtypen. Realtypisch gibt es inhaltliche Übergänge, Hybridvarianten und diachrone Transitionen. Idealtypen dienen in der wissenschaftlichen Analyse der Herausarbeitung charakteristischer Merkmale eines Phänomens, um es gegenüber anderen, ggf. ähnlichen Phänomenen abzugrenzen. Es handelt sich hierbei um Abstraktionen, die in ihrer Reinform in der Realität (Realtypus) nicht zwingend auftauchen müssen, die aber die zentralen Wesenseigenschaften erfassen und Unterscheidungen möglich machen. Vgl. Weber 1980: 9ff.

⁴ Vgl. zum Akteursbegriff Esser 1996: 83ff

⁵ Backes/Nattke 2020: 60

⁶ Vgl. Backes/Nattke 2020: 60

Daraus ergibt sich ein Streben nach Dominanz der eigenen Nation und der Abwertung anderer. Aus der nationalen Ausrichtung ergibt sich das Postulat nach der Volksgemeinschaft, jener Konstruktion, in der sämtliche Individuen und alle gesellschaftlichen und politischen Ebenen sowie Institutionen zu einem Kollektiv verschmelzen.⁷

Die innere Struktur dieses Kollektivs sei nach autoritären Gesichtspunkten, wie in Form des *Führerprinzips* zu gestalten, wobei eine Person oder eine kleine Gruppe – ohne Rücksicht auf Interessen und Rechte anderer – alle wichtigen Entscheidungen treffen soll. Diese autoritäre Orientierung spiegelt sich nicht nur in den Binnenstrukturen wider, sie ist das Ziel für das politische System insgesamt. Der Parlamentarismus ist hierbei meistens lediglich ein taktisches Mittel, das, sobald die jeweilige extrem rechte Organisation an die Macht gelänge, sukzessive abgeschafft würde.⁸

Rassismus teilt Menschen in Gruppen ein, die als homogen betrachtet werden, und unterstellt ihnen eine kollektive Identität sowie unveränderliche Merkmale und Eigenschaften. Die Menschen werden kaum als Individuen beurteilt, sondern als Stellvertretende ihrer Gruppen. Rassismus umfasst Handlungen und Einstellungen, wonach aufgrund konstruierter biologischer oder kultureller Unterschiede Angehörige anderer Personenkreise als grundsätzlich anders oder minderwertig bewertet werden. Daraus resultieren eine grundsätzliche Feindseligkeit und Ablehnung gegenüber Migrant*innen. Die Bezugsgröße kann dabei variieren, mal steht der deutsche ‚Volkkörper‘ im Mittelpunkt, mal das europäische Abendland.⁹

In vielen extrem rechten Organisationen ist der *Antisemitismus* tief verwurzelt. Er beinhaltet die Abwertung und Ablehnung von jüdischen Menschen und beginnt mit der oben beschriebenen Konstruktion eines völkischen Kollektivs beziehungsweise einer Rasse, aus der kollektive Identitäten und Eigenschaften gebildet werden. Antisemitismus gibt mithilfe von Verschwörungsideologien Jüdinnen und Juden die Schuld für gesellschaftliche Probleme.¹⁰

Es werden vier grundsätzliche Varianten des Antisemitismus unterschieden. Erstens, der religiös (hauptsächlich christlich) motivierte Antijudaismus, der jüdische Menschen aus religiösen Gründen ablehnt, da sie in der jeweiligen Sicht der falschen Religion folgen, wobei das christliche Motiv besonders auf der Vorstellung der Jüdinnen und Juden als ‚Christusmörder‘ beruht und über eine falsche Religionszugehörigkeit hinausgeht. Hier werden jüdische Menschen bereits als feindliche Gruppe konstituiert. Zweitens entstand mit dem Antijudaismus als Grundlage bzw. Voraussetzung in der Moderne der völkische Antisemitismus, der bis heute als wesentliche Variante der Feindschaft gegen jüdische Menschen wirkt. Er konstruiert menschliche Rassen mit genuinen Eigenschaften, wobei Jüdinnen und Juden besonders negative Attribute wie Geldgier zugeschrieben werden. Als ‚wurzellose Rasse‘ zersetzten sie absichtlich, z.B. in Form der jüdischen Weltverschwörung, die jeweiligen Gesellschaften, mit dem Ziel selbige auszulöschen und die Weltherrschaft anzutreten. Jüdinnen und Juden würden dabei im Verborgenen agieren und im Hintergrund die Bevölkerung in ihrem Sinne manipulieren. Sie werden als Fremdkörper wahrgenommen, den es zu entfernen gälte, bis hin zur

⁷ Vgl. Backes 2001: 28f, Häusler 2015: 143f und Zick/Küpper 2016: 87ff

⁸ Vgl. Pfahl-Traughber 2001: 17f

⁹ Vgl. Arndt 2012; Balibar/Wallerstein 2014; Hall 1989

¹⁰ Vgl. Benz 2004 und Staudt 2006: 99ff

physischen Vernichtung (eliminatorischer Antisemitismus). Eine spezifische, vor allem im deutschen Sprachraum vorherrschende Variante ist drittens der sekundäre Antisemitismus (auch als ‚Antisemitismus nach Auschwitz‘ bezeichnet). Er ist im Wesentlichen eine aus Scham oder Eingeständnis resultierende Abwehrhaltung gegen die Erkenntnis, dass das eigene Volk verantwortlich für die Ermordung jüdischer Menschen in der Shoah ist bzw. dass die Ermordung in seinem Namen geschah. Oft vollzieht er sich in Form einer Täter-Opfer-Umkehr, z.B. mit der Behauptung, israelische Jüdinnen und Juden würden genau schlimm oder schlimmer mit den Palästinenser*innen umgehen, wie der NS mit jüdischen Menschen. Eine andere Form unterstellt Jüdinnen und Juden die Instrumentalisierung der Shoah zur Verfolgung eigener monetärer Interessen („Holocaustindustrie“). Viertens gibt es den israelbezogenen Antisemitismus, der das Existenzrecht Israels mehr oder weniger explizit leugnet. Dieser verwendet die gleichen Stereotype und bedient sich der gleichen Ressentiments wie der allgemeine Antisemitismus, projiziert diese aber auf den Staat Israel und seine jüdischen Bewohner*innen.¹¹ Daraus wird eine fundamentale Ablehnung des Staates Israel.¹²

Rassismus und Antisemitismus beruhen neben anderen Abwertungsmechanismen wie beispielweise Sexismus, Abwertung von Wohnungslosen oder Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Bei diesen Ideologemen werden den vermeintlichen kollektive Großgruppen (z.B. ‚Rassen‘ oder ‚Völker‘) hierarchische Wertigkeiten zugeordnet.¹³ Den behaupteten Kollektiven liegt oft eine mehr oder minder explizite biologistische Argumentation zugrunde. Überhaupt dominieren viele begriffliche Figuren, die Gesellschaften als naturhaften Organismus postulieren und ihre strukturellen Merkmale in Analogie zu biologischen Phänomenen setzen.¹⁴

Der *Geschichtsrevisionismus* verharmlost oder leugnet die Verbrechen des Naziregimes, vor allem die Shoah. Geschichte wird im eigenen Sinn so lange umgedeutet, bis sie zur extrem rechten Weltanschauung passt. Dies kann bis zur Geschichtsfälschung gehen, bei der zum Beispiel der Angriffskrieg der NS-Regimes zum Verteidigungsakt umgedeutet wird.¹⁵

In der extremen Rechten gibt es ein hohes Maß an Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung, die sich gegen Einzelne als auch gegen Institutionen und Organisationen richtet. Dabei geht es nicht nur um den Aufbau eines Bedrohungspotenzials und die Erschütterung demokratischer Institutionen. Auch die physische Vernichtung Andersdenkender bzw. als Feinde Deklarierter wird in Teilen der extremen Rechten als legitime politische Handlung begriffen. So wurde die Ermordung Dr. Walter Lübckes in

¹¹ Vgl. Graus 1985; Haury 2001 und Benz 2001. Weiterhin wäre schließlich fünftens der islamistische Antisemitismus zu nennen, der indes in dieser Analyse nicht thematisiert wird. Vgl. Holz 2005

¹² An dieser Stelle kann nicht ausführlich auf den Unterschied einer legitimen Kritik an der Politik einer konkreten Regierung in Israel und israelbezogenen Antisemitismus eingegangen werden. Zumindest cursorisch sollen indes die drei etablierten Kriterien (DDD-Kriterium) hierfür angeführt werden. **Doppelstandards:** Werden an Israel die gleichen Standards wie bei anderen Nationen herangezogen? **Delegitimierung:** Wird das Existenzrecht Israels als Staat geleugnet bzw. dient die Argumentation zur Leugnung desselben? **Dämonisierung:** Wird der Staat Israel verteufelt?

¹³ Vgl. Zick 2018

¹⁴ Vgl. Moreau 1983 und Häusler 2016: 147ff

¹⁵ Vgl. Staudt 2006: 103ff

einschlägigen Diskussionsgruppen (elektronischer) sozialer Medien begrüßt bzw. als notwendige Maßnahme verteidigt.¹⁶

2.2. Die Neue Rechte

Die „Neue Rechte“ bedarf als extrem rechter Akteurszusammenhang einer gesonderten Betrachtung. Sie ist ursprünglich Ende der 1960er Jahre in Frankreich als Gegenbewegung zur Studierendenbewegung entstanden, hat sich mittlerweile vor allem in West- und Südeuropa nachhaltig etabliert und stellt in erster Linie einen Theoriezirkel der extremen Rechten dar. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass die ‚alte‘ extreme Rechte zur Erfolglosigkeit verdammt sei, da sie auf vergangene, nicht mehr zeitgemäße NS-Konzepte hin orientiert sei, zu denen eine explizite Nazirhetorik bzw. ein NS-Vokabular, eine martialische Ästhetik (Fackelmärsche) und Blut- und Boden-Konzepte gehören. Sie ignoriere die eigenständige Bedeutung der Kultur als Kampffeld und ihr fehle eine umfassende ‚wissenschaftliche‘ Theorie. Da linke und liberale Ideen in der Gesellschaft hegemonial seien, hätte die bisherige extreme Rechte keine Möglichkeit, über Nischen hinaus eine gesamt-gesellschaftliche Bedeutung und somit politische Relevanz zu erhalten. Aus den Defiziten ergeben sich für die Neue Rechte Schlussfolgerungen und Handlungsaufträge. Sie müsse sich intellektualisieren und eine eigenständige, ausführliche und umfassende Theoriebegründung entwickeln. Daher versucht die Neue Rechte sich verstärkt in höheren Bildungsinstitutionen wie Universitäten und Gymnasien zu engagieren. Eine internationale, besonders europäische Zusammenarbeit aller extrem rechten Kräfte sei anzustreben und weitergehend mit Querfront-Strategien Teile der radikalen Linken als Bündnispartner zur gemeinsamen Überwindung des von beiden Seiten gehassten politischen Systems zu gewinnen. Sie müsse aber in erster Linie Teile der bürgerlichen Gesellschaft ansprechen und sich als Kooperationspartner anbieten. Insgesamt sei ein Kulturkampf mit dem Ziel kultureller Hegemonie zu führen, der wiederum Voraussetzung zur Eroberung des politischen Systems sei.¹⁷

Zu diesem Zwecke soll auf einen klar erkennbaren NS-Bezug verzichtet und niederschwellige, mehrheitsfähige politische Positionen entwickelt und formuliert, also eher ein ‚bürgerlich‘ seriöses Auftreten an den Tag gelegt werden. Über eine langsame, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Orientierung sollen allmählich Diskurse verschoben und damit eine politische Mehrheitsfähigkeit erreicht werden.¹⁸

Die Entstehung und die Erfolge des „Front National“ in Frankreich sind eng mit den Aktivitäten der Neuen Rechten verknüpft. Der Partei ist es gelungen, in Frankreich große Wähler*innen-Schichten dauerhaft zu erreichen. Die Ablösung von Jean-Marie Le Pen, einem klassischen extrem Rechten, durch Marine Le Pen, einer rechtspopulistischen Akteurin, und die damit einhergehende weitere Öffnung für

¹⁶ Vgl. Quent 2019: 7f und <https://www.heise.de/news/Internet-Hetze-im-Mordfall-Walter-Luebcke-Immer-mehr-Verdaechtige-identifiziert-4841985.html> bzw. https://www.focus.de/politik/deutschland/kassel-hasskommentare-gegen-luebcke-im-visier-der-staatsanwaltschaft_id_10794104.html (Abruf jeweils 01.12.2020)

¹⁷ Vgl. Koelschitzky, 1986; Jaschke 1994 und Stahl 2019

¹⁸ Vgl. Koelschitzky, 1986; Jaschke 1994 und Stahl 2019

breitere Bevölkerungsschichten kann als mustergültiges Beispiel für den theoretischen und praktischen Ansatz der Neuen Rechten gelten.¹⁹

Die Vorstellungen des ursprünglichen französischen Theoriezirkels wurden besonders seit den 1980er Jahren auch in anderen Ländern aufgegriffen und weiterentwickelt. Mit Hilfe von Think-Tanks und Zeitschriftenprojekten wurden genuine Theorieansätze, politische Positionsbestimmungen und Strategien entwickelt. Darüber hinaus haben sich handlungsorientierte Zusammenschlüsse gebildet, die auf eine unmittelbare Mobilisierung von Bevölkerungsteilen setzen. Als eine aktuelle Vertreterin der Neuen Rechten kann beispielsweise die Identitäre Bewegung gelten. Diese Bewegung richtet vor allem an junge Menschen und versucht mit einer eigenen Protestkultur eine große Öffentlichkeitswirkung zu erzeugen. Sie weist eine höchst effiziente Nutzung elektronischer Kommunikation auf und kann mit einer geringen Anzahl von Kadern diskursive Relevanz entfalten.²⁰

Die Neue Rechte stellt damit eine Schnittstelle und einen Transitionsraum zwischen extremer Rechte und Rechtspopulismus dar. Gerade im Osten der Bundesrepublik ist es ihr gelungen, eine dauerhafte Zusammenarbeit mit bzw. Mitwirken im Rechtspopulismus zu erreichen. Exemplarisch sei hier das Institut für Staatspolitik (Trägerverein ist der Verein für Staatspolitik e.V.), das von Götz Kubitschek gegründet wurde, der wiederum ein Unterstützer der AfD im Allgemeinen und von Björn Höcke im Besonderen ist.²¹

2.3. Rechtspopulismus

Ebenso wie die extreme Rechte ist der Rechtspopulismus eine Erscheinung mit unterschiedlichen Akteuren, Strömungen und Einstellungsmustern mit einer dennoch gemeinsamen Grundlage. Einige Elemente der extremen Rechte finden sich auch hier wieder, allerdings in zum Teil differierender Form mit anderer Schwerpunktbildung bzw. anderen Begründungszusammenhängen.

Dem Rechtspopulismus liegt ein national konstruierter Volksbegriff zugrunde, von dem ein objektiver und einheitlicher Volkswillen abgeleitet wird. Er interpretiert die Realität mit moralisierenden, ethnischen und nationalen Kategorien und wendet sich gegen alle, deren Partikularinteresse dem nationalen Volkswillen entgegenstünden. Damit einher geht eine fundamentale Ablehnung des Multilateralismus²²

Der Rechtspopulismus nimmt einen allgemeinen Volkswillen als gegeben an und geht in seiner Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse von einer korrupten, machtorientierten Elite (politische Klasse) aus, die den Volkswillen nicht repräsentiert und stellt sich selbst als Vertreter bzw. Vollstrecker dieses Willens dar. Die Meinung der ‚schweigenden‘ Mehrheit hätte keine oder nur eine geringe Chance auf einen öffentlichen Diskurs, auf eine Präsenz im öffentlichen Raum. Dem Volk wird lediglich eine Rolle als machtloses politisches Objekt zugesprochen. Die Bedürfnisse und Ziele des Volkes würden ferner nicht

¹⁹ Vgl. Bizeul 2015

²⁰ Vgl. Mense 2018 und Gensing 2016

²¹ Vgl. Stahl 2019: 126ff und Keßler 2018

²² Vgl. Mudde 2007

durch politisches Handeln der systemrelevanten Akteure wie Regierung, parlamentarisches System oder Parteiensystem umgesetzt. Er geht von einem genuinen Gegensatz zwischen dem Volk und einer korrupten Elite bzw. einem korrupten politischen System überhaupt aus. Die Elite verfolge eine eigene, gegen die Interessen des Volkes gerichtete politische Praxis. Dies wird als moralisches Fehlverhalten aufgefasst. Überhaupt wird Handeln ausschließlich voluntaristisch begriffen, wobei funktionale Systembedingungen ausgeblendet werden. Eine Analyse der widersprüchlichen Elemente in einer pluralen Gesellschaft - wie beispielsweise Interessengegensätze - findet nicht statt.²³ Komplexe sozioökonomische Problemlagen werden auf einfache Ursachen und entsprechende Lösungen reduziert.²⁴

Rechtspopulistische Akteure vertreten autoritäre Politikkonzeptionen, ohne jedoch eine völlige Abschaffung des demokratischen bzw. parlamentarischen Systems zu fordern. Einige Elemente des demokratischen Verfassungsstaates sollen durchaus bestehen bleiben, hierzu gehören vor allem formale Elemente wie das Abhalten von freien Wahlen und eine prinzipiell freie Presse. Substantielle Demokratieprinzipien werden jedoch eingeschränkt oder abgeschafft. So sollen unter anderem öffentlich-rechtliche Medien stärker bis vollständig einer unmittelbaren Staats- und somit Regierungskontrolle unterliegen. Das freie Pressewesen wird erheblich eingeschränkt, da mit den staatlichen Ressourcen (Finanzmittel und Regelungskompetenzen) ein Ungleichgewicht zwischen regierungsnahen und freien Pressevertreter*innen erzeugt wird. Dies hat neben anderen Konsequenzen eine massive Deformation des demokratischen Parteienwettbewerbs zur Folge, nicht-regierungsnahe Parteien und Organisationen besitzen eine wesentlich geringere Chance auf öffentliche Wahrnehmung. Als weiteres Beispiel für die autoritäre Ausrichtung ist die Ablehnung einer Unabhängigkeit der Richterschaft, insbesondere von der Exekutive. Diese Forderung schränkt die Gewaltenteilung, zu der die Unabhängigkeit der Richterschaft gegenüber der Exekutive gehört, deutlich ein.²⁵ Freilich ist mit einer Regierungspraxis von rechtspopulistischen Akteuren eine Entwicklung möglich, die durchaus auch fundamentale Elemente einer demokratischen Gesellschaft beseitigen kann, bis hin zur Etablierung einer Illiberalen Demokratie, in der eine massive Einschränkung politischer Grundrechte besteht. Als Beispiel kann das Orban-Regime in Ungarn gelten und auch die Entwicklungen in Polen zeigen in eine ähnliche Richtung.²⁶

Rechtspopulist*innen stellen sich als einzig wahre Vertreter des allgemeinen Volkswillens dar. Oft gibt es Forderungen nach mehr Elementen direkter Demokratie bzw. nach mehr plebiszitären Elementen, um der Volksmeinung zu einer politischen Repräsentation und praktischen Konsequenzen zu verhelfen. Allerdings sollen plebiszitäre Entscheidungen nur bei ausgewählten Themen stattfinden, und zwar dort, wo sich Affekte in der Bevölkerung besonders gut mobilisieren lassen. Komplexe Probleme würden auf simple Aussagen verkürzt, um anschließend eine Pseudoauswahl zu simulieren. Es geht also nicht um einen ständigen Ausbau politischer Partizipation der Bürger*innen, sondern um eine willkürliche, eingeschränkte Mobilisierung der Bevölkerung für die eigenen Ziele.²⁷

²³ Vgl. Mudde 2007; Decker 2006; Rensmann 2006; Taggart 2000

²⁴ Vgl. Geden 2006: 22f

²⁵ Vgl. Häusler 2016 und Franke 2017

²⁶ Vgl. Franke 2017 sowie zu Ungarn Marsovsky 2013 und zu Polen Garsztecki 2019

²⁷ Vgl. Häusler/Teubert/Roeser 2013; Rensmann 2006: 67; Geden 2006: 41ff

Es geht im Rechtspopulismus immer darum, wer Teil des Volkes ist und damit, wessen Bedürfnisse erfüllt werden dürfen. Die anderen Bevölkerungsteile werden ausgeschlossen bzw. sehen sich einer dauerhaften Einschränkung politischer Autonomie gegenüber. Partikularinteressen wird das Existenz- und politisches Durchsetzungsrecht abgesprochen, da es nur ein einheitliches Gesamt-Volksinteresse geben darf. Mit Hilfe des Ausschlusses wird also ein Gesamtwohl konstruiert und konstituiert. Migrantische Bevölkerungsteile werden dergestalt aus dem politischen Diskurs und der sozialen Partizipation ausgeschlossen. Auch die Interessen von beispielsweise Homosexuellen finden keinen Raum im rechtspopulistischen Diskurs. Die Exklusion gilt auch für politische Akteure wie bspw. die Gewerkschaften, die in der Binnenlogik den Gesamtinteressen des Volkes (der Nation) entgegenstünden.²⁸

Der Rechtspopulismus vertritt ein antiuniversalistisches Programm. Da die eigenen nationalen Ziele über denen anderer stehen, müssen Positionen abgelehnt werden, die grundlegende gemeinsame, unveräußerliche Rechte für alle Menschen, ungeachtet ihrer ethnischen, geographischen oder sozialen Herkunft oder ihrem gegenwärtigen Aufenthaltsort postulieren.²⁹

Der Rechtspopulismus ist nicht als geschlossene Ideologie zu begreifen. Das bedeutet nicht, dass er keine ideologischen Elemente hätte, er präsentiert sich indes nicht als ideologisches Gesamtkonstrukt. Bei vielen politischen Inhalten bleibt der Rechtspopulismus eher diffus, wobei gerade in dieser Diffusität sein Erfolg begründet ist.³⁰ Er kann daher ideologisch flexibler als bspw. die extreme Rechte auftreten und mit der Diffusität ermöglicht er eine große Projektionsfläche für Viele in der Bevölkerung. So können sehr heterogene Bevölkerungsteile mit heterogenen Interessen gleichermaßen bedient werden, solange sie die Grundbedingung erfüllen, zur Nation zu gehören oder sich selbst zur hier postulierten Nation zugehörig zu fühlen.³¹

Der Rechtspopulismus vermeidet meist inhaltlich wie personell direkte Bezüge zur extremen Rechten. Er tritt betont bürgerlich auf. Rechtspopulistische Akteure vermeiden eindeutig (extrem rechts) konnotierte Begriffe wie „völkisch“ oder „Blutabstammung“, um auf diese Weise eine erhöhte Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. So wird zum Beispiel Rassismus über die Kultur begründet.³² Daher wird auch von Kulturrassismus gesprochen: Statt dem deutschen Volk, das von Ausländern bedroht sei, würde die deutsche bzw. abendländische Kultur durch Einflüsse einer außenstehenden Kultur (also Migrant*innen) zerstört.

²⁸ Vgl. Häusler/Teubert/Roeser 2013; Priester 2012; Mudde 2007; Decker 2006; Taggart 2000

²⁹ Vgl. Häusler/Teubert/Roeser 2013: 15ff; Heitmeyer/Mansel 2003

³⁰ Vgl. Teidelbaum 2013: 2ff; Geden 2006: 20ff

³¹ Vgl. Rensmann 2006: 68f

³² Vgl. Balibar/Wallerstein 2014; Hall 1989

2.4. Gemeinsamkeiten und Unterschiede von extremer Rechte und Rechtspopulismus

In der aktuellen wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus und der extremen Rechten ist die Abgrenzung zwischen diesen beiden Phänomenen nicht immer trennscharf, schließlich haben beide viele Elemente (z.B. völkisches Denken, Xenophobie, Autoritarismus) gemeinsam und treten auch gemeinsam auf.³³ Die unklare Begriffsverwendung ist auch bei den Praxisfeldern der Prävention und Intervention zu beobachten. Eine Unterscheidung dieser beiden Phänomene ist nicht nur aus erkenntnistheoretischen Gründen sinnvoll, sie ist auch die Voraussetzung zur Bestimmung und Anwendung geeigneter Gegenstrategien.³⁴

Die vorliegende Analyse geht von einer grundsätzlich eigenständigen Konstituierung des Rechtspopulismus mit einem eigenen Wirkzusammenhang aus³⁵ und benennt im Folgenden einige wesentliche Unterschiede.

Was die konzeptuelle und strategische Ausrichtung anbelangt, geht es dem Rechtspopulismus um eine autoritäre Transformation des politischen Systems, wobei im Unterschied zum mehr oder minder expliziten Ziel der extremen Rechten nicht eine umfassende Abschaffung demokratischer Grundinstitutionen wie dem Parlamentarismus gefordert wird. Der Rechtspopulismus hat nicht den Systemsturz aber eine Einschränkung politischer Partizipation zum Ziel. In diesem Fall ist der angestrebte Systemsturz der extremen Rechten mit Etablierung eines terroristischen Gewaltregimes etwas anderes als die Relativierung oder Einschränkung von Partizipation im Rechtspopulismus.³⁶

Gewalt ist ein inneres wie äußeres Strukturprinzip der extremen Rechten. Sie ist integraler, immanenter und permanenter Bestandteil des Denkens und Handelns.³⁷ Sie ist kein Ausnahmezustand, vielmehr wird sie von der extremen Rechten als legitimes Ordnungselement auch innerhalb der eigenen Reihen aufgefasst. In der politischen Auseinandersetzung (auch der eigenen) soll sich der Stärkere – auch mit Gewalt – durchsetzen.³⁸ Gewalt wird somit zum gängigen politischen Instrument. Gewalt als durchgehendes Prinzip und Desiderat ist beim Rechtspopulismus kein konstituierendes Merkmal.³⁹

Die extreme Rechte lehnt die Moderne dezidiert ab, wobei die Moderne folgende Elemente umfasst: Die Säkularisierung als Ergebnis der Aufklärung, die Industrialisierung verbunden mit der Herausbildung des Kapitalismus, die Orientierung an Vernunft (Rationalität) sowie die Individualisierung bzw. Emanzipation der Individuen und die damit verbundene Herauslösung aus traditionellen Milieus. Die Versprechungen der Moderne wie die soziale und politische Gleichheit wurden jedoch nicht in jeder Hinsicht eingelöst.⁴⁰ Aus diesem Spannungsverhältnis entstehen unter anderem das Frustrationspotenzial und die Entfremdung zum politischen System. Die Moderne wird

³³ Vgl. Bauer 2012: 9, Minkenberg 2011, Mudde 2007; Taggart 2000

³⁴ Vgl. Caballero 2016

³⁵ Vgl. Brodkorb 2003: 8ff

³⁶ Vgl. Painter 2015: 121ff; Häusler/Teubert/Roeser 2013: 91ff; Rensmann 2006: 63ff; Minkenberg 1998: 34

³⁷ Vgl. Beier u.a. 2006: 173 sowie Backes 1991

³⁸ Vgl. Heitmeyer 1989: 15ff; Schwagerl 1993

³⁹ Vgl. Küpper/Zick/Krause 2015: 38f

⁴⁰ Vgl. zum Begriff der Moderne Habermas 2001 und Nassehi 2006 ferner zum Verhältnis von Populismus und Moderne vgl. Spier 2006

von der extremen Rechten als Ursache aller Missverhältnisse begriffen und im Unterschied zum Rechtspopulismus umfänglich abgelehnt. Der Rechtspopulismus lehnt einige Teile der Moderne wie die Herauslösung aus traditionellen Milieus ab, stellt die Moderne indessen nicht grundsätzlich in Frage und bejaht grundsätzlich die bestehenden Eigentumsverhältnisse und Allokationsmechanismen.⁴¹

Der Rechtspopulismus bemüht sich um ein seriöses, bürgerliches Auftreten, schließlich ist die bürgerliche Mitte der Hauptadressat für Ansprache und Mobilisierung. Die extreme Rechte hingegen kann sehr viel unbefangener agieren und sich expliziter mit einem entsprechenden Vokabular und eindeutiger äußern. Rechtspopulistische Akteure beziehen sich z. B. begrifflich eher auf das Gemeinwohl, während die extreme Rechte expressis verbis das Konzept der Volksgemeinschaft vertritt. Der Rechtspopulismus verzichtet im Wesentlichen auf biologische Bezüge und Analogien wie Rasse oder Blutsabstammung und vertritt eher eine kulturalistische Argumentation.⁴²

Die extreme Rechte tritt erkennbar militanter auf und bezieht sich stärker auf eine Straßenmobilisierung affektgeladener Bevölkerungsteile.⁴³ Gewaltbereite und Gewaltausübende werden zielgerichtet von der extremen Rechten unmittelbar angesprochen und in die politische Praxis integriert. Im Unterschied dazu vermeidet der Rechtspopulismus den Eindruck einer Kooperation mit oder Integration von militanten Strömungen und Personen. Ebenso soll zumindest in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck einer intensiven Zusammenarbeit mit der extremen Rechten entstehen.

Ein weiterer relevanter Unterschied besteht beim Bezug auf den historischen Nationalsozialismus (NS), sowohl als politische Bewegung als auch Herrschaftssystem. Die extreme Rechte äußert sich hier deutlich affirmativer⁴⁴, der Rechtspopulismus vermeidet dagegen deutlich zustimmende Bezüge zum NS.

Viele Elemente sind beiden Strömungen gemeinsam, aber in ihrem Maß und in ihren Konsequenzen unterscheidbar. Grundsätzlich vertritt die extreme Rechte bei den Einstellungen, die sie prinzipiell mit dem Rechtspopulismus teilt, radikalisierte und extremere Positionen. Beispielsweise versucht die extreme Rechte alle Migrant*innen aus der Gesellschaft auszuschließen, der Rechtspopulismus hingegen unterscheidet zwischen nützlich und nicht-nützlichen Migrant*innen. Nur letztere sollen dauerhaft entfernt werden, erstere werden zumindest so lange geduldet, wie es dem utilitaristischen Verständnis entspricht.⁴⁵

Darüber hinaus sind personelle Übereinstimmungen, inhaltliche Überschneidungen und ideologische Berührungspunkte zu beachten. Teile der extremen Rechten (vor allem Akteure der Neuen Rechten) suchen gezielt nach Kooperationsmöglichkeiten mit dem Rechtspopulismus und agieren in entsprechenden Bündniskonstellationen.

⁴¹ Vgl. grundsätzlich Spier 2006 und Kellershohn 2019; am Beispiel AfD Dietl 2018 sowie am Beispiel wirtschaftspolitischer Einstellungen Zick/Klein 2014: 147f

⁴² Vgl. Balibar/Wallerstein 2014; Hall 1989

⁴³ Vgl. Beier u.a. 2006: 173

⁴⁴ Vgl. Virchow 2006: 68ff

⁴⁵ Vgl. Rydgren 2012: 41ff

2.5. Funktionen der extremen Rechten und des Rechtspopulismus

Die Unterschiede bedeuten nun nicht, dass der Rechtspopulismus harmloser oder weniger gefährlich als die extreme Rechte wäre.⁴⁶ Zu beachten ist, dass der Grad der Demokratiegefährdung bei beiden Phänomenen ähnlich hoch ist. Der Rechtspopulismus ist nicht die weichere Variante. Er hat eine andere Funktionsweise.

Die zentrale These der vorliegenden Ausführungen ist, dass die Akteure des Rechtspopulismus und der extremen Rechten als Zusammenhang begriffen werden sollten, der insgesamt demokratiegefährdend wirkt. Es ist von einer funktionalen, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht zwangsläufig intendierten oder förmlichen Arbeitsteilung und Kooperation von extrem Rechten und rechtspopulistischen Akteuren mit wechselseitiger Radikalisierung auszugehen. Es ist somit kein Zufall, dass an Querdenken-Demonstrationen viele extreme Rechte teilnehmen.

Grundsätzlich strebt der Rechtspopulismus das Maximieren von Wahl-Stimmen mit dem Ziel an, sich an Regierungen zu beteiligen bzw. die Regierung zu stellen. Dabei hat er vor allem ein bürgerliches Potential im Auge, welches durchaus prinzipiell vorhanden ist.⁴⁷ Die Sozialwissenschaften weisen schon seit Jahrzehnten hohe Zustimmungswerte für autoritäre Einstellungsmuster nach⁴⁸, wobei das extrem rechte bzw. rechtspopulistische Einstellungspotenzial in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich wesentlich höher als das korrespondierende Wahlverhalten ist.⁴⁹

Allerdings ist die Akzeptanz der mobilisierungsfähigen (Wähler*innen-) Schichten für die extreme Rechte (wie z.B. Neonazis) und deren Auftreten gering. Wenn Rechtspopulist*innen Erfolg haben möchten, müssen sie sich besonders an die gesellschaftliche Mitte (Mehrheit) wenden und versuchen, das vorhandene Einstellungspotential zu aktivieren und zu radikalieren.

Wie viele politische Akteur*innen will der Rechtspopulismus Definitionsmacht, Deutungshegemonie und Agenda-Setting ausüben. Es ist zu konstatieren, dass es ihm zu einem nicht geringen Teil gelungen ist, im Bereich der Flüchtlingspolitik ein erfolgreiches Agenda-setting zu erzielen.⁵⁰

Die Gefahr beim Rechtspopulismus besteht nicht in einem angestrebten politischen Systemsturz, wie es das (mehr oder minder klar formulierte) selbsterklärte Ziel der extremen Rechten ist. Er kleidet unter anderem klassische Inhalte der extrem Rechten in scheinbar harmlose Gewänder und macht sie so für größere Bevölkerungsteile annehmbar. Es droht eine Normalisierung rechtspopulistischer und damit

⁴⁶ Vgl. Painter 2015: 121ff; Häusler/Teubert/Roeser 2013

⁴⁷ Vgl. Krause/Zick/Küpper 2015: 44

⁴⁸ Hier ragen die Forschungsergebnisse besonders der Langzeitstudien „Deutsche Zustände“ des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und der ‚Mitte‘-Studien von Decker, Brähler und Kiess heraus. Vgl. Heitmeyer/Mansel 2003, Decker/Brähler 2006 sowie Decker et. al. 2020

⁴⁹ Vgl. Möller/Schumacher 2007: 42f

⁵⁰ Vgl. Hillebrand 2015: 9ff

verbunden, extrem rechter Narrative und Positionen.⁵¹ Teilweise wirkt der Rechtspopulismus als Motor, der viele der anderen politischen Akteure nach rechts außen treibt.⁵²

Gerade in der Auseinandersetzung um geflüchtete Menschen und um die pandemiebedingten Restriktionen kann ein hoher Grad an Mobilisierungsfähigkeit (zum Teil auch für gewalttätiges Auftreten) größerer Bevölkerungsteile für entsprechende Inhalte beobachtet werden. Gegenwärtig ist eine nach wie vor zunehmende Dynamik von wechselseitigen Radikalisierungsprozessen zu konstatieren (siehe Abschnitt 3).

Eine weitere Funktion des Rechtspopulismus ist die einer grundsätzlichen autoritären Transformation des politischen Systems nach rechts außen mit Ausgrenzung relevanter Teile der Gesellschaft.⁵³ Mit einer Regierungspraxis von rechtspopulistischen Akteuren ist eine Entwicklung möglich, die durchaus auch fundamentale Elemente einer demokratischen Gesellschaft beseitigen kann: in Form der Etablierung einer Illiberalen Demokratie (wie beispielsweise in Ungarn oder Polen) mit massiven Einschränkungen politischer Grundrechte.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Staud/Radke 2012: 11ff

⁵² Vgl. Hillebrand 2015: 7ff; Staud/Radke 2012: 11ff; Geden 2006: 44ff

⁵³ Vgl. Geden 2006: 44ff; Hillebrand 2015 7ff

⁵⁴ Vgl. Franke 2017 sowie zu Ungarn Marsovsky 2013 und zu Polen Garsztecki 2019

3. Lagebild extreme Rechte und Rechtspopulismus

In diesem Abschnitt geht es um allgemeine Aspekte, Tendenzen und Erscheinungen im Bereich der extremen Rechten und des Rechtspopulismus unter weiterer Betrachtung von Bewegungen und Strömungen, die Elemente der beiden vorgenannten Phänomene beinhalten. Dabei können nicht alle Gesichtspunkte im vorgegebenen Rahmen berücksichtigt werden, vielmehr sollen besonders wichtige und charakteristische Wesenszüge herausgearbeitet werden. Zu Beginn sollen allgemeine Entwicklungen skizziert werden, denen Betrachtungen gesonderter Themenkomplexe bzw. erörternde Vertiefungen folgen. Dabei ist zu beachten, dass die hier getrennt aufgeführten Erscheinungen und Aspekte sich überlappen, Schnittmengen bilden und sich interdependent bedingen, d.h. insgesamt als Gesamtkomplex mit verschiedenen Ausdrucksformen zu begreifen sind.

3.1. Allgemeine Entwicklungen und Tendenzen

Die ohnehin hohe Zustimmung zu antidemokratischen Einstellungsmustern ist in den letzten Jahren noch gewachsen bzw. hat sich radikalisiert, wie durch aktuelle Studien belegt werden kann. So ermitteln Decker, Kiess und Brähler z. B. in ihrer Autoritarismus-Studie 2020 für die deutsche Bevölkerung einen Anteil von ca. 25%, die offen sind für ausländerfeindliche Einstellungen. Für antisemitische Einstellungsmuster ergeben sich etwa 10% mit einer vollständigen, gerichteten und geschlossenen Meinung und etwa 15% mit einer zumindest partiellen Zustimmung zu antisemitischen Aussagen. Insgesamt stimmen ca. 25% der bundesdeutschen Bevölkerung mindestens teilweise antisemitischen Aussagen zu.⁵⁵

Die Studien zeigen für die Bevölkerung zum einen ein großes Mobilisierungspotenzial von antidemokratischen Haltungen und zum anderen sowohl eine quantitative als auch qualitative Zunahme entsprechender Einstellungen. Die aktuelle Entwicklung dieser latenten Aspekte geht mit manifesten Auswirkungen einher. Die Hasskriminalität, zu der auch verbale Angriffe gehören sowie die direkte Gewaltausübung haben ebenfalls erkennbar zugenommen. So hat die fremdenfeindliche Gewalt sich bundesweit seit 2012 verdoppelt, die fremdenfeindliche Hasskriminalität insgesamt (unter der die Gewalt fällt) sogar mehr als verdreifacht. Im Jahr 2019 erfasste das Bundeskriminalamt 7909 fremdenfeindlich motivierte Hassverbrechen, darunter 828 fremdenfeindliche Gewaltakte.⁵⁶ Ein Blick auf die zeitliche Entwicklung lässt eine Koinzidenz zwischen der Zunahme von Hasskriminalität und dem Auftauchen von PEGIDA und AfD erkennen: Der größte Sprung bei den Zahlen fand im Zeitraum zwischen 2014 und 2015 statt.

⁵⁵ Vgl. Decker et al. 2020: 34ff

⁵⁶ Quelle Bundeskriminalamt; siehe

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html (Abruf 01.12.2020)

Das extrem rechte bzw. rechtspopulistisches Einstellungspotenzial ist in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich wesentlich höher als das korrespondierende Wahlverhalten.⁵⁷ Die gesamtgesellschaftlich geringe Akzeptanz der mobilisierungsfähigen (Wähler*innen-) Schichten für extrem Rechte (wie z.B. Neonazis) und deren Auftreten ist hierfür der Hauptgrund. Dennoch konnte sich die parteiförmig organisierte extreme Rechte in Form der NPD seit Ende der 1990er lokal in vielen Kommunalparlamenten nachhaltig etablieren. Darüber hinaus war die NPD von 2006 bis 2016 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und von 2004 bis 2014 im Landtag von Sachsen vertreten. Die meisten kommunalpolitischen Mandate besaß die NPD in den östlichen Bundesländern (vor allem Sachsen). Als parlamentarische Kraft hat sie inzwischen an Bedeutung verloren. Innerparteiliche Auseinandersetzungen und Finanzprobleme, nicht zuletzt aufgrund staatlicher Intervention (Strafzahlungen aufgrund von Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung) haben die NPD geschwächt. Vor allem hat sie an parlamentarischer Bedeutung verloren, weil ein neuer parteiförmiger Akteur in Erscheinung getreten ist, die AfD, die als Hauptkonkurrent mittlerweile viele Mandate der NPD übernommen hat. Im Rechtspopulismus ist gegenwärtig die AfD die dominierende Kraft, die zu einem etablierten Akteur im politischen System geworden ist.⁵⁸

Aus dem parlamentarischen Bedeutungsverlust ist nicht eine allgemeine Irrelevanz der NPD abzuleiten. Sie hat besonders in den östlichen Bundesländern nach wie vor eine wichtige Rolle in der extremen Rechten, nur dass die Relevanz sich von parlamentarischer Einflussnahme und Nutzung entsprechender Ressourcen auf die Verfestigung von politischer und kultureller Hegemonie im außerparlamentarischen bzw. vopolitischen Raum verschoben hat. Als Agentur der ‚Erlebniswelt Rechtsextremismus‘ bleibt sie wichtiger Faktor.⁵⁹

Die Nutzung elektronischer sozialer Medien und Plattformen (wie Facebook, Twitter, Instagram oder Youtube etc.) haben eine herausgehobene Rolle bei der gesellschaftlichen Diskursentwicklung. Sie sind nicht unmittelbare Ursache für die Herausbildung von Einstellungsmustern, verstärken und verfestigen durch rekursiv-redundante Selbstbestätigungen aber selbige und können einen Einstieg in demokratiefeindliche Gedankenwelten ermöglichen.⁶⁰ Die mobilen Endgeräte in Verbindung mit mobilem Internet ermöglichen es, jederzeit und überall Inhalte mit geringem Kontaktisiko wahrzunehmen oder zu erzeugen. Die Hemmschwelle, sich in Diskursräume zu begeben ist hierbei geringer als bei Präsenzveranstaltungen (wie Saalvorträge oder Diskussionsabende). Mit verhältnismäßig geringem Aufwand können sehr schnell viele Personen erreicht und somit eine hohe Wirkung entfaltet werden. Die Generierung von Inhalten erfolgt teilweise in automatisierter Form durch Bots, selbstständig laufende Programme und Applikationen, die die jeweiligen Medien kontinuierlich bespielen (Guerillamarketing). Hier reicht eine geringe Anzahl von Akteuren aus, um größere Wirkung zu erreichen, die sich gleichsam verselbstständigt und zum Selbstläufer wird. In orchestrierter Weise können Inhalte mit hoher Resonanz breit gestreut werden.⁶¹

⁵⁷ Vgl. grundsätzlich dazu Möller/Schumacher 2007: 42f

⁵⁸ Vgl. Caballero/Diehl 2016

⁵⁹ Vgl. Pfeiffer 2007: 36ff

⁶⁰ Vgl. Fielitz/Marcks 2020

⁶¹ Vgl. Barlen/Brandstetter 2015

Die internetbasierten Medien sind zentral für die Ansprache von Jugendlichen und jungen Menschen, die deutlich weniger als vorhergehende Alterskohorten klassische, redaktionell betreute Medien wie Zeitungen oder öffentlich-rechtliche Anstalten nutzen. Die Ansprache ist im Vergleich zu diesen persönlicher und direkter. Des Weiteren kann die Kommunikation unbeobachtet – z.B. durch die Eltern oder das Lehrpersonal – erfolgen.⁶²

Wenn in digitalen Diskursen die Kommunikation ausschließlich mit Gleichgesinnten erfolgt, führt dies zu Echokammereffekten, in der andere Informationskanäle oder Sichtweisen nicht mehr wahrgenommen werden. Die eigene Sichtweise erscheint dann als die einzig wahrhaftige oder relevante bis hin zu einer Negierung aller anderen Meinungen, wobei die scheinbar (in Relation zur Gesamtbevölkerung) hohe Zahl an Teilnehmenden noch zudem eine große Masse an Zustimmung suggeriert. Alternative Interpretationen oder überhaupt Faktenvermittlungen durch andere Instanzen werden fundamental ignoriert oder gleichweg als feindselig abgelehnt. Wenn ohnehin autoritäre Einstellungsmuster bestehen, wie die Überzeugung, dass eine geheime Elite die öffentliche Meinung durch Falschinformationen lenkte, und dann nur noch die eigene Realität zählt, kommt es zu Abkopplungsprozessen von allen anderen Informations- und Kommunikationsstrukturen. Diese werden dann in der Wahrnehmung zu bewussten Versuchen, die objektive Wahrheit durch imaginierte Verschwörungsgruppen zu verschleiern. Verstärkt wird dieser Prozess durch Filterblaseneffekte, bei denen durch algorithmische Verfahren den Rezipienten nur noch selbstbestätigende Inhalte angeboten werden.⁶³

In den letzteren Jahren hat sich – bedingt durch staatliche Observation und Repression – die Kommunikation zu geschlossenen bzw. verschlüsselten Medien (wie Telegram oder bestimmte verschlüsselte WhatsApp-Gruppen) verlagert. Diese Medien nehmen inzwischen die Rolle von Ausweichplattformen und sicheren Häfen ein. Die prinzipielle Anonymität im Internet (nicht nur der verschlüsselten Messengerdienste) bietet darüber hinaus einen Raum, in denen ohne Rücksicht auf rechtliche Regelungen, Tabus oder eine kritische Öffentlichkeit offen und unbeobachtet kommuniziert werden kann („Dark social“). Entsprechend schnell eskalieren und verrohen die Diskurse, da es dort keine Moderations- und Mediatisierungsmodi gibt. Die verschiedenen Kommunikationsmodi werden dabei komplementär genutzt.⁶⁴

Die sozialen Medien spielen indes nicht nur auf der latenten, also Einstellungsebene eine wichtige Rolle. Über die Mobilisierung und Radikalisierung von Bevölkerungsteilen hinaus dienen sie der beständigen Vernetzung Gleichgesinnter und mithin der Rekrutierung für politisches Handeln. Im Zuge der durch die Corona-Pandemie bedingten Ausweitung digitaler Formate und Auftritte kommt es vermehrt zu extrem rechten Angriffen bei Online-Aktivitäten. Rechtsextreme versuchen, eigene Inhalte oder zumindest Symbole (z.B. das Hakenkreuz) einzuspielen.⁶⁵

⁶² Vgl. Barlen/Brandstetter 2015

⁶³ Vgl. Barlen/Brandstetter 2015 und Schellenberg 2016

⁶⁴ Vgl. Barlen/Brandstetter 2015

⁶⁵ Vgl. beispielhaft <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/12/rechtsextreme-angriffe-online-gottesdienst-antisemitismus-staats.html> (Abruf 04.12.2020)

Aufgrund von öffentlichkeitswirksamen und zahlenmäßig bedeutsamen Auftritten entsprechender Akteure haben Verschwörungsideologien (z.B. „Umvolkung“ oder „Corona-Diktatur“) eine besonders wirkungsmächtige Relevanz entwickelt. Aus einem von der allgemeinen Öffentlichkeit wenig beachteten, scheinbaren Nischenphänomen ist eine Melange diverser Strömungen und Haltungen in das Licht einer breiten Öffentlichkeit getreten, von denen Teile bundesweit aktionsbereit und -fähig sind. Quantitativ betrachtet stellen diese Zusammenhänge nur eine Minderheit der Bevölkerung dar, allerdings mit großer Medienwirkung und mit wachsendem Zulauf.⁶⁶ Auch in diesen Konstellationen beobachtet man eine zunehmende Radikalisierung und vermehrte Aktivitäten militanter Formen. Hier ist es offensichtlich gelungen, vorhandene Potenziale zu aktivieren und intensivieren.

Die bedeutendste Entwicklung in der aktuellen Situation ist das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure gleich auf zwei Ebenen. Erstens ist es zu einer Verschränkung der der extremen Rechten und des Rechtspopulismus, hier in erster Linie die AfD, gekommen, die phänomenologisch als funktional arbeitsteiliger, interdependenter Zusammenhang mit wechselseitiger Radikalisierung zu betrachten ist. Ferner versucht die extreme Rechte inhaltlich wie personell die Organisationen des Rechtspopulismus zu beeinflussen und kann hier Erfolge vorweisen. Beispielsweise ist „Der Flügel“ der AfD, der klar erkennbare extrem rechte Bezüge aufweist, ungeachtet der Selbstauflösung, eine bedeutende Strömung innerhalb der Partei.⁶⁷

Der Rechtspopulismus formuliert und etabliert rechte Narrative und Einstellungen, aus denen die extreme Rechte Handlungsimperative ableitet. Der Rechtspopulismus erzeugt ein Klima, das militante und gewaltbereite Teile (auch in Form von Einzelpersonen) der extremen Rechten motiviert zu handeln, ohne einen förmlichen Auftrag erhalten zu haben.

Zweitens agieren parallel Parteien und politische Bewegungen, was gleich mehrfach von Bedeutung ist. Die Bewegungen mobilisieren im außerparlamentarischen Raum und bringen zugleich Inhalte direkt in die Parteien ein. Diese transmittieren die Inhalte und Forderungen in eine breite Öffentlichkeit und in die Massenmedien, welches wiederum eine Selbstbestätigung der Bewegungen hinsichtlich der Relevanz ihrer Forderungen und Proteste zur Folge hat und zur Ausweitung der Aktivitäten stimuliert. Es entsteht ein rekursiver Kreislauf. So ist der Erfolg der AfD eng mit dem parallelen Auftreten von PEGIDA verknüpft.⁶⁸

Die politischen Bewegungen finden momentan mit (großen Teilen) der AfD eine parlamentarische Präsenz zur Formulierung und Durchsetzung ihrer Positionen vor. Sie ermöglicht mittels Ressourcen – zu denen die Anstellung von Mitarbeiter*innen und staatliche Finanzmittel (ehedem Wahlkampfkostenerstattung) gehören – eine professionalisierte Bearbeitung der Themenfelder mit großer Öffentlichkeitswirkung. Mit der Artikulation auf der parlamentarischen Bühne und der diesbezüglichen medialen Rezeption erfolgt eine Normalisierung und breite Verankerung ehemals randständiger Positionen. Sie erscheinen somit als legitimer Teil eines öffentlichen Diskurses, obwohl basale Elemente demokratischen Prinzipien widersprechen.⁶⁹

⁶⁶ Vgl. Butter 2018

⁶⁷ Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz: Verfassungsschutzbericht (2020): 69ff

⁶⁸ Vgl. Caballero 2016

⁶⁹ Vgl. Butterwegge/Hentges/Wiegels 2018 und Hafeneeger et al. 2018

Die gegenwärtige Hauptgefahr besteht in der Amalgamierung verschiedener, heterogener Akteure und Diskurse zu einem demokratiefeindlichen Gesamtkomplex. Trotz all der Binnenunterschiede und teils konträrer Ausrichtungen eint die Ablehnung des politischen Systems die diversen Lager. Durch die interdependente Beziehung beider Erscheinungen und die sich verstärkende Eigendynamik koppeln sich diese Bevölkerungsteile vom Rest der Gesellschaft und vom politischen System ab, mit der Gefahr einer dauerhaft fundamentalen Negation der Demokratie, ihrer Institutionen und ihrer Vertreter*innen. Die Ablehnung äußert sich zudem immer mehr in einer feindseligen Grundhaltung, die sich nunmehr nicht mehr allein gegen die üblichen Opfergruppen (Jüdische Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle, Obdachlose etc.) richtet, sondern gegen alle Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaats vorgeht, kulminierend in den gewalttätigen Angriffen gegen Politiker*innen demokratischer Parteien, insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene. Als Konsequenz dieser Entwicklungen ist auf der Handlungsebene empirisch zu beobachten, dass die Frequenz und Intensität rechtsextrem motivierter Gewalt in den letzten 10 Jahren deutlich zugenommen haben.⁷⁰

⁷⁰ Vgl. Röpcke 2020

3.2. Lage in der Bundesrepublik

3.2.1. Rechtsterrorismus

Der Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland umfasst mehr als die Morde des NSU. Seit Gründung der Bundesrepublik gab es immer wieder rechtsterroristische Anschläge, in aller Regel von in rechtsextremen Gruppen organisierten Aktivisten⁷¹. Oft wurde nach dem Prinzip des ‚führerlosen Widerstands‘ gehandelt, in der klandestine Zellen (auch Einzelpersonen) auf eigene Initiative Anschläge verüben, ohne einen expliziten Auftrag einer höherrangigen Ebene erhalten zu haben oder in hierarchische Befehlsstrukturen eingebunden zu sein. Wenn es sich dabei um Einzelpersonen handelt, sprechen Behörden und Presse oft von Einzeltätern, die ausschließlich persönliche Motive hätten. Die Formulierung suggeriert eine völlige personale Autonomie des Täters und blendet den Zusammenhang des ideologischen oder organisatorischen Kontexts bzw. die politische Motivation aus. Der politische Gehalt verschwindet mithin, der jeweilige Anschlag wird zu einem verschleierte, scheinbar unbegreiflichen Vorgang. Als Musterbeispiel hierfür kann der behördliche und mediale Umgang mit dem Oktoberfestattentat 1980 gelten, der lange Zeit den Anschlag als Tat eines verwirren Einzelgängers darstellte. Erst 2020 stellte die Bundesanwaltschaft einen eindeutigen rechtsextremen Terrorakt fest.⁷²

Allein im Zeitraum von der Wiedervereinigung 1990 bis März 2020 zählt die Amadeu Antonio Stiftung 208 Todesopfer rechter Gewalt bei 13 weiteren Verdachtsfällen.⁷³ Für die Zeit davor können nur Mutmaßungen angestellt werden, von einer hohen Zahl darf indes ausgegangen werden.

In den letzten Jahren ist in der extrem rechten Szene ein anderer, in der Bundesrepublik neuer Tätertypus aufgetaucht, der die Idee des „führerlosen Widerstands“ in Form eines „Einsamen Wolf“-Ansatzes weiterführt.⁷⁴ Hier handelt es sich um Einzelpersonen, die lediglich in digitaler Form mit anderen vernetzt und nicht Mitglied einer Organisation sind. Sie bewegen sich in einschlägigen Online-Foren und nehmen an digitalen Kommunikationen teil. Oft handelt es sich bei diesen Tätern um sozial isolierte junge Männer, die sich zunächst unauffällig im Internet radikalieren sowie dort die notwendigen Kenntnisse, gegebenenfalls auch Material wie waffenfähige Ausrüstungsteile erwerben. Dieser Tätertypus ist allerdings nur in seinem extrem rechten Kontext zu begreifen, ist er doch in einem diskursiven Netz eingebettet mit einer zielgerichteten Weltanschauung. Es handelt sich nicht um Amokläufer, die beliebige Ziele angreifen. Die Anschläge in Halle 2019 und in Hanau 2020 sind diesem Tätertypus zuzuordnen.

Diese Tätergruppe ist äußerst schwer von den Sicherheitsbehörden zu ermitteln oder zu überwachen. Mangels eines (interessierten) sozialen Umfeldes können mögliche disruptive Auslösemechanismen, gleichsam Handlungs-Kippunkte von Außenstehende nicht identifiziert werden. Im Gefolge eines

⁷¹ Zu einer ausführlichen Darstellung (BRD und DDR) von 1945-2011 vgl. die Einzelbeiträge in Röpke/Speit 2013

⁷² Vgl. Chaussy 2020: 337ff

⁷³ Vgl. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/> (Abruf 01.12.2020)

⁷⁴ Vgl. Sieber 2020 und am Beispiel des rechtsextremen, norwegischen Attentäters Anders Breivik: Strømmen 2015

zunehmend aggressiven Klimas muss mit weiteren, gegebenenfalls vermehrten Anschlägen gerechnet werden.

3.2.2. Extreme Rechte

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Die NPD wurde 1964 von früheren Anhänger*innen diverser rechter Parteien und Gruppierungen gegründet. Nach anfänglichen Wahlerfolgen in den 1960ern, bei denen die Partei in sieben Landesparlamente – auch in Rheinland-Pfalz mit 6,9% – einzog, blieb sie nach Ablauf der jeweiligen Legislaturperioden für lange Zeit bedeutungslos. In den 1960ern konnte die NPD auch in viele Kommunalparlamente – in Rheinland-Pfalz vor allem in der Westpfalz und in der Wormser Region – einziehen. 1971 hatte die NPD 426 kommunale Mandate zu verzeichnen, die bis 1980 auf 10 Mandate schrumpften. Später stieg die Zahl wieder leicht an, blieb aber bis in die 1990er auf einem niedrigen Niveau.⁷⁵

Bei den extrem rechten Parteien hatte die NPD zwischen den 1990er und 2010er Jahren eine herausgehobene Rolle. In den 1990er Jahren öffnete sich die Partei für Neonazis und militante Rechtsextreme und erlangte dadurch große Bedeutung für die extreme Rechte, besonders für die „Freien Kameradschaften“, da sie einen organisationalen Rahmen und finanzielle Ressourcen bereitstellte.⁷⁶ Darüber hinaus konnte sie auch im parlamentarischen Raum viele Erfolge erzielen und daraus resultierend staatliche Zuwendungen abschöpfen. Sie besaß viele Mandate, besonders in den östlichen Bundesländern und konnte im Zeitraum von 2004 bis 2016 in zwei Landtage (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) einziehen.

Seit der zweiten Hälfte der 2010er Jahre hat die NPD einen Bedeutungsverlust erlebt, wofür hier drei wesentliche Gründe angeführt werden. Erstens haben innerparteiliche Auseinandersetzungen die NPD geschwächt. Zweitens haben staatliche Interventionen wie das Verbotsverfahren und angeordnete Strafzahlungen – aufgrund von Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung – Ressourcen gebunden und finanzielle Ressourcen verringert. Drittens sieht sich die NPD ab der zweiten Hälfte der 2010er zwei Konkurrenten gegenüber, die sie auf zwei unterschiedlichen Feldern verdrängen. Zum einen hat die AfD sie als parlamentarische Kraft in den Landtagen und vielen Kommunen abgelöst. Zum anderen hat eine neue extrem rechte Partei, der „III. Weg“, militante NPD-Sympathisanten abwerben können. Dennoch bleibt die NPD eine ernst zu nehmende Kraft für die extreme Rechte. Sie ist in einigen Regionen, vornehmlich aber nicht nur in den östlichen Bundesländern, nach wie vor aktiv und handlungsfähig. Die NPD konzentriert sich besonders auf Jüngere, um in einigen Regionen eine völkische Jugend-Alltagskultur zu etablieren. Es soll eine ‚Erlebniswelt Rechtsextremismus‘ geschaffen werden, in der Lebensgefühl, Freizeitaktivitäten und politische Botschaften verschmelzen.⁷⁷ Ebenso

⁷⁵ Vgl. Beier u. a. 2006: 24 f.; Schmollinger 1986: 1955 ff.

⁷⁶ Vgl. Speit 2005

⁷⁷ Vgl. Pfeiffer 2007: 36 ff

fungiert sie nach wie vor, wenn auch in abgeschwächter Form, als Bindeglied zu freien Zusammenschlüssen von extrem Rechten.

Wie bei allen politischen Akteuren ist auch bei der NPD die Corona-Pandemie ein aktuelles Themenfeld.⁷⁸ „Die NPD hat sich aufgrund anhaltender organisatorischer und finanzieller Schwäche vor allem auf die publizistische Kommentierung der Covid-19-Pandemie beschränkt.“⁷⁹ Die Existenz der Pandemie wird nicht geleugnet, allerdings in den xenophoben bzw. migrationsfeindlichen Argumentationskontext eingewoben sowie als Ergebnis von Globalisierung begriffen. Migrant*innen bzw. Geflüchtete würden den Virus ins Land tragen bzw. leichtfertig damit umgehen. Während die NPD anfänglich zur Eindämmung des Infektion beitragen wollte, daher Veranstaltungen und Aktionen absagte, bemüht sie sich mittlerweile um Anschluss an die Bewegung der Pandemiegegner*innen bzw. Gegner*innen. Das dem zugrunde liegende Narrativ beruht auf der Behauptung, dass die Pandemie genutzt würde, die nationalstaatliche Souveränität Deutschlands ausgehöhlt würde. Strategisch soll die Bewegung der Pandemiegegner*innen zur kooperierenden Bündnisarbeit genutzt werden, um ein systemdestabilisierendes Potenzial zu entwickeln.⁸⁰

Partei Der III. Weg

Die Entstehung der Partei Der III. Weg ist in Zusammenhang mit inneren Konflikte der NPD zu begreifen. Die inneren Konflikte in der NPD spitzten sich im Streit zwischen dem ‚völkischen‘ und dem ‚subkulturellen‘ Flügel in der Partei zu. Während letztere ein eher modernes, jugendaffines Image nach außen hin pflegen wollen, um in erster Linie Jugendliche in deren konkreter Alltagswelt anzusprechen, setzen die ‚völkisch‘ Orientierten auf ein klassisches, der Blut- und Bodenästhetik entsprechendes Auftreten. Der ‚subkulturelle‘ Flügel hat sich durchgesetzt, worauf die Vertreter des anderen Flügels aus der NPD ausgetreten sind und zusammen mit Aktivist*innen des inzwischen verbotenen „Freien Netzes Süd“ 2013 eine neue Partei gründeten, den „III. Weg“. Die Partei steht vor allem bei der Straßenmobilisierung affektgeladener Bevölkerungsteile in einem Wettbewerb zur NPD. Sie orientiert noch stärker als die NPD auf ein völkisches Programm und Auftreten und ist vor allem im Süden, Südwesten und Osten der Bundesrepublik aktiv. In der Öffentlichkeit sind sie durch die Kartierung (Markierung auf Landkarten) von Unterkünften für Asylsuchende in Online-Medien aufgefallen. Die Gewaltbereitschaft ist bei Akteuren aus dem Umfeld dieser Partei als besonders hoch einzuschätzen.⁸¹

Hinsichtlich des gegenwärtigen Kristallisationskerns rechter Mobilisierung, namentlich die Leugnung der Corona-Pandemie und die Ablehnung staatlicher Schutzmaßnahmen, nimmt der „III. Weg“ an entsprechenden Veranstaltungen teil. Die Partei begreift die Pandemiesituation wie andere rechte

⁷⁸ Zur Corona-Pandemie allgemein als Kristallisationskern rechter Mobilisierung siehe Abschnitt 3.2.4., dort unter *Bewegungen*.

⁷⁹ Virchow/Häusler 2020: 19

⁸⁰ Vgl. Virchow/Häusler 2020: 19f. Virchow und Häusler schätzen dabei die Möglichkeiten für die NPD in dieser Richtung aktiv zu werden zumindest für Nordrhein-Westfalen als gering ein.

⁸¹ Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019: 62ff

Akteure weniger als hygienisches Problem, vielmehr als Krise des Systems mit der Chance auf dessen Überwindung oder zumindest Schwächung.⁸²

Partei Die Rechte

Die 2012 gegründete Partei „Die Rechte“ versammelt ehemalige NPD-Mitglieder, DVU-Mitglieder und Aktivisten aus der Szene der „Freien Kameradschaften. Neben den „III. Weg“ und der NPD spielt sie in einigen Regionen (besonders Nordrhein-Westfalen) hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit und Koordination mit den „Freien Kameradschaften“ eine relevante Rolle.⁸³

Bei der aktuellen Corona-Pandemie setzt auch „Die Rechte“ auf eine Zusammenarbeit mit Pandemie-Leugner*innen mit dem Ziel, das Momentum in der Mobilisierung gegen staatliche Akteure zur endgültigen Systemabschaffung zu nutzen.⁸⁴

Parteiungebundene Zusammenschlüsse und Handlungsfelder

Über die parteiförmigen Akteure hinaus spielen andere Zusammenschlüsse und Handlungsfelder eine zentrale Rolle für den extreme Rechte. Neben Vereinen und Parteien mit festen Strukturen und Satzungen haben sich in den 1990ern viele extrem Rechte in losen Zusammenschlüssen ohne formelle oder eingetragene Vereinsstruktur organisiert. Dieser Organisationsansatz ist von staatlicher Seite her schwieriger zu überwachen. Durch mobile Kommunikationsmöglichkeiten können diese Gruppen effizient und schnell handeln. Hier ragen die „Freien Kameradschaften“ heraus. Sie bestehen in der Regel aus fünf bis dreißig Mitgliedern und sind männlich dominiert. Sie sind stark um eine lokale Verankerung bemüht, aber auch bundesweit bei Aufmärschen, Schulungen oder Konzerten aktiv. Auf regionaler Ebene vernetzen sich „Freie Kameradschaften“ durch die Gründung von Aktionsbüros, um an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen und koordinierte Aktionen durchführen zu können, ohne auf bundesweite Unterstützung angewiesen zu sein. Sie fallen verstärkt durch gewaltsame Auseinandersetzungen und Angriffe auf, wofür sie sich mit paramilitärischen Trainings vorbereiten.⁸⁵

Aus der Neuen Rechten ist die Identitäre Bewegung Deutschlands hervorgegangen. Die 2003 in Frankreich gegründete und seit 2012 in der Bundesrepublik Deutschland aktive Gruppierung verfügt über eine deutliche Jugendorientierung und versucht mit einer eigenen Protestkultur hohe Öffentlichkeitswirkung zu entfalten. Mit spektakulären Aktionen wie der Besetzung des Brandenburger Tores im Jahr 2016 ist der IBD bundesweit aufgefallen. Thematisch steht bei dieser Gruppe der Kampf gegen die vermeintliche Überfremdung und „Umvolkung“ Europas durch Migrant*innen im Vordergrund. Mittlerweile überwacht das Bundesamt für Verfassungsschutz die Bewegung mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Sie unterhält enge Beziehungen unter anderem zur AfD, zu Burschenschaften und zu neurechten Zeitschriften- bzw. Internetprojekten, wie z.B. „Sezession“ oder

⁸² Vgl. Virchow/Häusler 2020: 21

⁸³ Vgl. Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019: 66ff

⁸⁴ Vgl. Virchow/Häusler 2020: 20f

⁸⁵ Vgl. Speit 2005

„Blaue Narzisse“, welches als Jugendmedium vor allem im Chemnitzer Raum für Aufsehen gesorgt hatte.⁸⁶

Zwei Handlungsfelder der extremen Rechten sollen hier gesondert vorgestellt werden. Als Rechtsrock werden Musikstile bezeichnet, die extrem rechtes Gedankengut verbreiten. Viele Rechtsrockkonzerte finden klandestin in geschlossenen Kreisen statt, so dass eine quantitative Beurteilung eine sehr hohe Dunkelziffer mit einkalkulieren muss. Sie nehmen eine identitätsstiftende Funktion ein und dienen zur Rekrutierung von Aktivist*innen. Rechtsrockveranstaltungen werden gerade in grenznahen Regionen als transnationale Events mit größerer internationalen Beteiligung organisiert. Neben diesen Funktionen soll das Augenmerk auf die ökonomische Bedeutung gelegt werden. 2012 zählten die Sicherheitsbehörden 82 Vertriebe, die neben Tonträgern auch Merchandising-Produkte vertrieben. Allein in Sachsen soll der Gesamtumsatz der Musikszene etwa 3,5 Millionen Euro betragen haben.⁸⁷ Mit diesen Mitteln wird in erheblichem Maße vor allem die Neonaziszene finanziert, die Gewinne werden auch in Waffenkäufe investiert.⁸⁸

Ein weiteres Handlungsfeld ist der Kampfsport, vor allem in Form von organisierten Kampfsportevents. Auch hier gibt es identitätsstiftende und Rekrutierungsfunktionen, der generierte monetäre Umsatz dient ebenfalls der Finanzierung von extrem rechten Zusammenhängen. Der entscheidende Aspekt liegt indes in der physischen Ertüchtigung als Vorbereitung für Gewalt. Einerseits dient das Kampftraining zur Einschüchterung, Bedrohung und Angriffsvorbereitung gegen Antifaschist*innen und andere Zielgruppen. Andererseits gilt es für die bürgerkriegsähnlichen Szenarien, die vorausgesehen gesehen oder bewusst herbeigeführt werden sollen, kampfbereite und kampferfahrene nationale Aktivisten heranzubilden.⁸⁹

Nicht nur bei den letztgenannten Handlungsfeldern fällt die transnationale Kooperation von extrem rechten Akteuren auf. Der rechtsextremen Szene ist es erfolgreich gelungen, sich über die Bundesrepublik Deutschland hinaus beständig zu vernetzen und zusammenzuarbeiten.⁹⁰

Insgesamt stellt die extreme Rechte weiterhin eine große Gefahr dar, da er ein Reservoir an Gewaltbereiten und Gewalttätigen mit konstant hoher Mobilisierungsfähigkeit ständig bereitstellt.

⁸⁶ Obwohl die IBD sich durch den Namen als Bewegung deklariert, wird sie hier als Gruppierung begriffen.

⁸⁷ Vgl. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/185061/rechtsrock-millionen-mit-hass> und https://rp-online.de/politik/deutschland/konzerte-staerken-die-rechtsextreme-szene-massiv-durch-geldquelle-vernetzung-rekrutierung_aid-47807291 (Abruf jeweils 01.12.2020)

⁸⁸ Vgl. https://www.rheinpfalz.de/kultur_artikel,-pf%C3%A4lzer-rechtsrock-szene-wieder-aktiver-gewinne-werden-teilweise-in-waffen-investiert-_arid,1536420.html (Abruf 01.12.2029)

⁸⁹ Vgl. Claus 2020

⁹⁰ Vgl. ebenda: 44ff

3.2.3. Rechtspopulismus

Als einziger Akteur wird in diesem Abschnitt die AfD aufgeführt, da sie gegenwärtig die maßgebliche Kraft rechtspopulistischer Organisationen darstellt.

Alternative für Deutschland

Wenn die antidemokratische Rechte Erfolg haben möchte, muss sie sich besonders an die gesellschaftliche Mehrheit wenden und versuchen, das dort in Teilen vorhandene Einstellungspotential zu aktivieren und zu radikalieren.⁹¹ Dies ist in Form des Rechtspopulismus mit der AfD gelungen. Sie ist 2017 in den Bundestag eingezogen, in allen Bundesländern in den Landesparlamenten vertreten und besitzt viele kommunalpolitische Mandate. Die schon bei ihrer Gründung 2013 rechtsstehende AfD hat sich kontinuierlich immer weiter nach rechts außen entwickelt. Allen Strömungen innerhalb der AfD sind die völkisch-nationalistische Ausrichtung und die Befürwortung autoritärer Politikkonzepte gemein. Die zwei prägenden Strömungen in der Partei sind zum einen das nationalkonservative Lager um Jörg Meuthen herum. Zum anderen ragt der „Flügel“ mit äußerst demokratiegefährdenden Positionen unter den innerparteilichen Strömungen heraus, der aus der 2015 formulierten „Erfurter Resolution“ hervorgegangen ist. In ihm haben sich extrem rechte Akteure zusammengeschlossen, die zusammen mit Vertreter*innen der Neuen Rechten wie dem Institut für Staatspolitik um Götz Kubitschek an dem völkischen Umbau der Gesellschaft arbeiten. Als bedeutende Akteure innerhalb der AfD gelten Björn Höcke und Andreas Kalbitz.⁹²

Die deutlich erkennbaren Bezüge des „Flügels“ zur extremen Rechten haben zu einer Einstufung als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“⁹³ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz geführt. Daraufhin löste sich die Vereinigung nach außen hin formal auf. Allerdings kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Akteure des Flügel nach wie vor einschlägig aktiv sind und einen starken Einfluss auf die Binnenprozesse der AfD ausüben. Die Personenergebnisse des 11. Parteitags der AfD am 28. und 29.11.2020 legen nahe, etwa die Hälfte der anwesenden Parteibasis dem ehemaligen „Flügel“ zuzurechnen.⁹⁴

Die Ergebnisse des 12. Parteitages (11./12.04.2021) weisen in die gleiche Richtung, obwohl eine noch weitere Verschiebung hin zur völkischen bzw. extrem rechten Ausrichtung zu verzeichnen sind. So haben sich diejenigen Kräfte in der AfD durchgesetzt, die für einen Austritt aus der EU plädieren, womit dies nun offizielle Partei-Programmatik ist. Darüber hinaus wurden Verschärfungen gegen Migration und Asyl beschlossen, wie die Ablehnung des Familiennachzuges für Geflüchtete und ein restriktives Einwanderungsmodell. Auch hinsichtlich der Corona-Pandemie ergibt sich eine inhaltliche Verschärfung: Die Ablehnung der Maskenpflicht in allen Bereichen und die Forderung nach einem

⁹¹ Vgl. Krause/Zick/Küpper 2015: 44

⁹² Vgl. Stahl 2019: 126ff

⁹³ <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20200312-bfv-stuft-afd-teilorganisation-der-fluegel-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein> (Abruf am 01.12.2020)

⁹⁴ Vgl. <https://www.fr.de/politik/afd-parteitag-kalkar-corona-joerg-meuthen-bjoern-hoecke-alexander-gauland-90112773.html> (Abruf 01.12.2020)

sofortigen Lockdown-Ende. Zudem konnten sich die Unterstützer*innen von Höcke personell durchsetzen. Der vom Bundesvorstand - mit dem dort majoritären Lager um Jörg Meuthen - im Dezember 2020 abgesetzte Leiter der Arbeitsgruppe Verfassungsschutz Roland Hartwig wurde vom Parteitag wieder eingesetzt.⁹⁵

Diese beschlossenen Grundsätze und Personalien können als Erfolg Björn Höckes und des völkisch-extrem rechten Flügels gegenüber den eher rechtspopulistischen Vertreter*innen um Jörg Meuthen und als noch andauernde Verschiebung nach rechts gewertet werden.⁹⁶

Die AfD nimmt aktuell in der Bundesrepublik Deutschland die bedeutendste Rolle in der rechten Szene ein. Als einzige Organisation besitzt sie auf allen Vertretungsebenen (Bund, Länder und Kommunen) Mandate und hat eine ständige und hohe Präsenz in der Öffentlichkeit, besonders in den öffentlich-rechtlichen Medien. Sie instrumentalisiert die Parlamente als Bühne und Ressourcenreservoir. Die umfassende Nutzung parlamentarischer Privilegien eröffnet ihr ein weites Spektrum an Betätigungsmöglichkeiten. So bietet sie mittels der Finanzierung ihrer Mitarbeiter*innen in den jeweiligen Parlamenten den Betreffenden eine mittelfristig abgesicherte Möglichkeit, in professionalisierter Weise rechte Themen zu bearbeiten und öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen. Ihre Verweigerungshaltung, sich konstruktiv in die politische Aushandlungsprozesse einzubringen hat ihr bislang nicht geschadet, da sie sich als fundamentale Opposition gegen das politische System insgesamt inszeniert.⁹⁷ Sie erlangt Zuspruch weniger aufgrund ausgearbeiteter, kohärenter programmatischer Politikansätze, sondern eher, weil sie eine diffuse Projektionsfläche für völkisch-nationale Bedürfnisse bietet, in der bspw. neoliberale Ideen mit völkischen Sozialstaatsüberlegungen trotz deren Widersprüchlichkeit einhergehen.

Die AfD hat schon sehr früh auf die elektronischen sozialen Medien und Plattformen gesetzt und konnte dabei eine hohe Reichweite entfalten. Im Jahr 2019 besaß sie in der sozialen Plattform Facebook in Rheinland-Pfalz mehr Follower als alle anderen Parteien zusammen, im Jahr 2020 hatte sie immer noch mehr als doppelt so viel Follower wie die nächstfolgende Partei.⁹⁸ Die AfD-Medien werden von vielen Sympathisanten als alternative Nachrichtenquellen rezipiert.⁹⁹

Sie hat insbesondere die Diskurse um die Flucht- und Migrationsbewegungen entscheidend beeinflusst und ein erfolgreiches Agenda-setting betrieben. Maßgeblich hat sie als Motor in der gesellschaftlichen Rechtsverschiebung gewirkt und ein aggressives Klima mitgeschaffen, das militante und gewaltbereite Bevölkerungsteile aktiviert.¹⁰⁰

Sollte die AfD bei den nächsten Bundestagswahlen erneut zum zweiten Mal in Folge in den Bundestag einziehen – wovon beim gegenwärtigen Stand auszugehen ist – ist davon auszugehen, dass ihre

⁹⁵ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-parteitag-dresden-hoecke-asyl-migration-corona-100.html> (Abruf 18.04.2021)

⁹⁶ Vgl. ebenda

⁹⁷ Vgl. Butterwegge/Hentges/Wiegel 2018, Hafener et al. 2018 und Vgl. Ruhose 2019

⁹⁸ Facebook-Follower der Parteien für 2020: AfD 32.025; SPD 14.126; CDU 9.918; FDP 8.961; PDL 5.771, Grüne/B90 3.951 (Stand 15.12.2020)

⁹⁹ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ueber-den-erfolg-der-afd-durch-soziale-medien-14545155.html> (Abruf 01.12.2020)

¹⁰⁰ Vgl. u.a. Caballero 2016, Sohn 2017 und Stahl 2019

parteinahe Stiftung (Desiderius-Erasmus-Stiftung) erhebliche Steuermittel erhielt. Das gibt weiteren Anlass zu großer Sorge, da die AfD dann indirekt über eine üppige Finanzausstattung verfügte, um in einem hohen Ausmaß politische Bildung zu betreiben und ihre Leitbilder breit zu verankern, mithin gesellschaftlich hegemonial zu werden.¹⁰¹

Was die Corona-Pandemie anbelangt, hat die AfD mittlerweile eine Kehrtwende vollzogen. Ganz zu Beginn der Pandemie und der entsprechenden Schutzmaßnahmen war sie eher eine Befürworterin strengerer Eindämmungsmaßnahmen, um sich dann relativ zügig mit gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen zu verbinden, die sich gegen den teilweisen, eingeschränkten Lockdown positionieren.¹⁰² Wie eng diese Verbindung aussehen soll, ist innerparteilich durchaus umstritten. Während der extrem rechte Flügel der AfD sich nahezu vorbehaltlos den Pandemie-Leugner*innen andienen möchte, sehen dies andere Kräfte um den rechtspopulistischen Teil der Partei eher skeptisch, hier spielen auch instrumentell-taktische Überlegungen eine Rolle.¹⁰³

Die AfD sieht sich nämlich einer doppelten Herausforderung gegenüber. Zum einen konnte sie nicht von den pandemie-bedingten Restriktionen mit ihrem Law-and-order-Ansatz profitieren¹⁰⁴, präsentiert sich die Partei doch bevorzugt als einzig konsequente Verteidigerin der inneren Sicherheit. Der Staat hat sich nämlich in der Pandemiesituation als durchaus handlungsfähiger und durchsetzungsfähiger Akteur für innere Sicherheit und zum Wohl der Bevölkerung gezeigt, was sich an der grundsätzlichen Zustimmung der Gesamtbevölkerung zu den Infektionsschutzmaßnahmen äußert. Der dauerhaft vorhandene Widerspruch zwischen einerseits der Befürwortung harter Maßnahmen, um als entschlossener Macher aufzutreten und andererseits der Ablehnung von Restriktionen, um die Regierungsstellen zu desavouieren und sich als Alternative anzubieten, kann von der AfD nicht aufgelöst werden. Hier verursacht jedwede Richtungsentscheidung Probleme für die AfD, da sie an Zustimmung bei einem der beiden Reservoirs einbüßen würde.¹⁰⁵

Zum anderen besteht für die AfD bei der Corona-Pandemie das Problem, entweder eine Bevölkerungsmehrheit mit deren grundsätzlichen Zustimmung für staatliche Pandemieeindämmung zu erreichen oder aber auf eine Minderheit mit radikaler Ablehnung von Infektionsschutzmaßnahmen zu orientieren. Richtet sie sich an die Mehrheit aus, büßt sie an Zustimmung in der für sie wichtigen politischen Basis von demokratiefremden und -feindlichen Anhängern ein. Greift sie die Vorstellungen der Minderheit auf, gefährdet sie Ihre Bemühungen um Seriosität und verprellt Teile der gesellschaftlichen Mehrheit. Ob die aggressiven Auftritte von AfD und ihren Sympathisanten im Bundestag im Gefolge von Veranstaltungen von Pandemieeugner*innen der Partei eher geschadet zu haben, muss noch empirisch eruiert werden. Insgesamt hat die Pandemie der AfD jedenfalls nicht genutzt. Die „Forschungsgruppe Wahlen“ hat für die AfD Anfang Februar 2020 eine Wahlabsicht von

¹⁰¹ Vgl. Schillo 2018

¹⁰² Vgl. Ruhose 2020: 19ff

¹⁰³ Vgl. im Allgemeinen hierzu Virchow/Häusler 2020: 17 sowie Ruhose 2020: 19ff

¹⁰⁴ Dies kann durch die Ergebnisse von Wahlumfragen abgebildet werden. Vgl.

<https://www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm> (Abruf am 01.12.2020)

¹⁰⁵ Vgl. Ruhose 2020: 19ff

14% ermittelt, die bis zum November 2020 auf 9% gesunken ist.¹⁰⁶ Ergebnisse anderer Meinungsforschungsinstitute bestätigen diesen Trend.

3.2.4. Rechte Bewegungen und Netzwerke

Zur Bedeutung von Verschwörungsideologien

Der Begriff Verschwörungstheorien wird hier nicht verwendet, da gerade deren Argumentationsweisen den Kriterien wissenschaftlicher Theorieproduktion vollkommen widersprechen. Die gegenüber Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen immunisierten Anschauungen sind besser mit dem Begriff der Verschwörungsideologien zu konzeptualisieren. Verschwörungsnarrative, -mythen und -glauben können als Teilphänomene angesehen werden. Wenn sich diese Teilphänomene verselbstständigen und sich zu einem geschlossenen Weltbild formieren, aus dem systemische Handlungskonsequenzen abgeleitet werden, kann von Verschwörungsideologien gesprochen werden.¹⁰⁷

Verschwörungsmymen gibt es in unterschiedlichem Ausmaß immer und in allen Bevölkerungsgruppen, viele davon (bspw., dass die Mondlandung nicht stattgefunden habe) sind für kollektive, politische Handlungsansätze nicht unmittelbar relevant. Weiterhin ist eine quantitative Zunahme von Verschwörungsmymen nicht eindeutig zu beobachten. Was sich allerdings empirisch abbilden lässt, ist eine Aktivierung von entsprechend affinen Bevölkerungsteilen hin zu einer politischen Mobilisierung, wobei sich sehr verschiedene und teils widersprüchliche Haltungen zu einem Gesamtkomplex vermischen. Dabei darf die Abstrusität der Verschwörungsbehauptungen, wie z.B. bei der QAnon-Legende (siehe unten) nicht über die Gefährlichkeit hinwegtäuschen. In den USA hat der Glaube an die QAnon-Legende bereits zu Anschlägen mit Mordopfern geführt. Gerade die Verschmelzung von allgemeinen Verschwörungsnarrativen (bspw. Mobilfunk 5G als Instrument der Gedankenkontrolle) mit extrem rechten Gedankenfiguren (bspw. Jüdische Weltverschwörung) kann handlungsstiftend wirken.¹⁰⁸

Den für diese Analyse relevanten Verschwörungsideologien ist gemein, dass eine Gruppe von Verschwörern imaginiert wird, die im Verborgenen die Bevölkerung manipuliere, ausbeute, versklave oder auszulöschen versuche. Daher sei aktiver, auch militanter Widerstand gewissermaßen als Notwehr notwendig. Wie bei allen Verschwörungsideologien sind die Behauptungen gegenüber einer kritischen, faktenbasierten Überprüfung oder Argumentation immun. Sie beruhen unter anderem auf selbstrekursiven Zirkelschlüssen (z.B.: ‚dass niemand von der Verschwörung weiß, ist ein Beleg für die Mächtigkeit und Reichweite der Verschwörung‘), unterstellen den Verschwörern Allmacht, beruhen auf selektiver Wahrnehmung, verwenden simplifizierte Erklärungsansätze, personalisieren komplexe kollektive Handlungen, negieren gesellschaftlichen Pluralismus und daraus resultierende Interessengegensätze und deklarieren Wahnvorstellungen zu gesicherten Geheimwissen.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Vgl. <https://www.wahlrecht.de/umfragen/politbarometer.htm> (Abruf am 01.12.2020)

¹⁰⁷ Vgl. Butter 2018

¹⁰⁸ Vgl. Virchow/Häusler 2020 und Butter 2018;

¹⁰⁹ Vgl. Vgl. Virchow/Häusler 2020 und Butter 2018; zum Verschwörungsnarrativ der Umvolkung siehe Botsch/Koke 2019

Die einzelnen Verschwörungsnarrative sollen hier nicht ausführlich referiert, aber zumindest einige der neueren Entwicklungen kursorisch erwähnt werden, da sie für die demokratiefeindliche Rechte gegenwärtig handlungsstiftend sind. Auch bei den folgenden Narrativen darf deren Wahnhaftigkeit nicht von ihrer Wirkungsmacht ablenken:

- Umvolkung bzw. der „große Austausch“: eine europäische Elite arbeite zielgerichtet an der physischen Auslöschung des deutschen Volkes mittels künstlich herbeigeführter Migration;
- Chemtrails: Die Regierung verbreite per Flugzeugverkehr Chemikalien in der Atmosphäre zur Gedankenkontrolle oder um die Bevölkerung bewusst zu schädigen, als Beleg werden die Kondensstreifen von Strahltriebwerken angeführt, daher der Name;
- Neue Weltordnung (NWO): Eine globale Elite wolle die Menschheit mit einer totalitären Weltregierung unterwerfen; um dies zu erreichen, nutze sie Zwangsimpfungen, Chemtrails, den 5G-Mobilfunkstandard u.a. zur Gedankenkontrolle und Manipulation; spähe die Bevölkerung aus und scheue vor Mord nicht zurück;
- Jüdische NWO: eine aktuelle Version des Topos einer jüdischen Weltverschwörung; als Elite der NWO werden in dieser Argumentation jüdische Menschen imaginiert
- Klima-Lüge: der anthropogene Klimawandel wird geleugnet;
- QAnon: eine satanistische Elite entführe, foltere und ermorde Kinder zwecks Blutgewinnung für eine Verjüngungsdroge und arbeite an der Schaffung einer ‚Neuen Weltordnung‘; der Name leitet sich vom Aliasnamen eines angeblichen Insiders ab, der diese Geheiminformationen an die Öffentlichkeit weiterleitet;
- Bill Gates-WHO-Komplex: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sei Instrument des Unternehmers Bill Gates zur Schaffung einer ‚Neuen Weltordnung‘; mittels Impfungen sollen Chips zur Gedankenkontrolle der Bevölkerung eingepflanzt werden; das Narrativ rekurriert hierbei auf die Bill & Melinda Gates Foundation (einer Wohltätigkeitsstiftung), die die Forschung vieler Vakzine finanziell unterstützt; eine Variation behauptet, das Coronavirus gäbe es tatsächlich, sei aber von Bill Gates selbst aus obigen Gründen in die Welt gesetzt worden;
- Impfpflicht bzw. Zwangsimpfungen: Die Bundesregierung wolle Zwangsimpfungen durchsetzen, z.B. wegen der WHO-Bill Gates-Verschwörung;
- 5G-Gedankenkontrolle: Der neue Mobilfunkstandard 5G sei der Versuch mittels elektromagnetischer Wellen Gedankenkontrolle über die Bevölkerung auszuüben bzw. diese zu manipulieren;
- zu Pandemieleugnung als Mixtur diverser Verschwörungsnarrative siehe Abschnitt 3.2.4 unter Bewegungen.

Netzwerke

Unter Netzwerke werden wechselseitige Kommunikationsgeflechte ohne formale Organisation bzw. kodifizierter Grundlegung (Satzung) verstanden, die nicht von vorneherein oder zwangsläufig ein Handlungsziel beinhalten. Netzwerke sind zunächst ein loser Kommunikationszusammenhang von mehreren einander bekannten Akteuren, der keinem vorher festgelegten Ablauf folgt oder thematisch eingegrenzt ist. Aus Netzwerken können wiederum Handlungszusammenhänge oder organisierte Zusammenschlüsse entstehen.

In rechten Netzwerken erfolgt die Kommunikation als Austausch rechter Ideologeme und Bewertungsmuster, sie bilden den thematischen Schwerpunkt. Der Austausch dient der gegenseitigen Selbstbestätigung und -vergewisserung, mit dem sowohl konkret erlebte Alltagserfahrungen als auch basale politische Themen gemeinsam verknüpft, interpretiert und verarbeitet werden. Wenn die Kommunikation keine moderierende Instanz aufweist, somit die Eigendynamik nicht begrenzt wird, kommt es häufig zu einer Verfestigung und Verstärkung der vorhandenen Einstellungen, z.B. in Form der Herausbildung eines verselbstständigten Korpsgeistes, der nicht mehr an eine demokratisch begründete Legitimation gebunden ist.

Hier sollen eine spezifische Gruppe von rechten Netzwerke herausgehoben werden, die ein besonders hohes Gefährdungspotenzial aufweisen, nämlich rechte Netzwerke in staatlichen Organisationen, besonders in Polizeiorganisationen und der Bundeswehr. In der letzten Zeit sind gleich mehrere Netzwerke bundesweit in den unterschiedlichsten Bereichen offengelegt worden, wovon einige als mittlerweile organisierte Zusammenschlüsse mit zielgerichteter Handlungsmotivation anzusehen sind und eher der organisierten extremen Rechten zuzuordnen sind (bspw. der Komplex um den Verein Uniter mit Implikationen zum KSK).¹¹⁰

Es liegt weder eine massenhafte Durchdringung dieser Stellen mit extrem rechten Inhalten noch ein umfassend koordiniertes extrem rechtes Handeln der Gesamtinstitutionen (im Sinne eines tiefen Staates) vor, aber die Existenz allein einiger dieser Netzwerke gefährdet die verfassungsmäßige Grundlage der Staatsordnung. Wenn – auch nur geringfügige Teile – staatlicher Organisationen nicht nur bei der Abwehr extrem rechter Aktivitäten versagen, sondern selbst Teil demokratiefeindlicher Bestrebungen sind, entsteht ein massiver Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit. Vor allem sehen sich die Bevölkerungsteile nicht mehr repräsentiert und geschützt, die zu den Zielgruppen der extremen Rechten gehören, wie bspw. jüdische Menschen oder Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Die Besonderheit bei staatlichen Organisationen ist durch die spezifischen Privilegien (wie dem Gewaltmonopol) und die besondere Befugnisse begründet, bspw. über die Einsichtsmöglichkeiten in behördliche Akten (zur Ermittlung und Weitergabe persönlicher Kontaktinformationen) oder dem Zugang zu Waffen. Daraus resultiert nicht nur ein abstrakter Vertrauensverlust, sondern eine tatsächliche Gefährdung von Personen und Personengruppen. Über die analytische Betrachtung hinaus soll an dieser Stelle angemerkt werden, dass staatliche Institutionen eine erhöhte Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft haben und sich daher vermehrt einer kritischen Aufmerksamkeit und Kontrolle durch die Zivilgesellschaft stellen bzw. diese ermöglichen müssen.

¹¹⁰ Vgl. insgesamt die Einzeldarstellungen in Meisner/Klefner 2019

Bewegungen

Der Begriff soziale Bewegung bezeichnet einen nicht formal organisierten kollektiven Akteur, der mit unterschiedlichen Mobilisierungs- und Handlungsstrategien versucht, gesellschaftlichen Wandel zu beschleunigen, zu verhindern oder umzukehren. Bewegungen agieren nicht punktuell und konkret (bspw. gegen einen spezifischen Moscheebau in einer Kommune), sondern weisen einen allgemeingültigen und ubiquitären Vertretungsanspruch auf. Innerhalb der Bewegung findet ein Prozess kollektiver Identitätsbildung („Wir-Gefühl“) statt.¹¹¹

Nicht direkt einer Bewegung zugehörig, aber einige Elemente davon aufweisend sind Teile der Prepper-Szene und der Reichsbürger*innen. Bei Prepper*innen (aus dem Englischen „to prep“ für vorbereiten) handelt es sich zunächst um Personen, die eine besondere Vorbereitung für Krisenfälle vornehmen. Für den Fall von (auch regional begrenzten) Naturkatastrophen, gesellschaftlichen Zusammenbrüchen oder kriegsähnlichen Szenarien werden Vorräte angelegt und Schutzvorrichtungen (bspw. Schutzbunker) errichtet. Ein Teil betreibt dies als Krisenvorsorge für den möglichen Fall einer Katastrophe, wie es das Bundesamt für Katastrophenschutz empfiehlt, z.B. durch geeignete Vorratshaltung im Haushalt.

Ein anderer, rechtsgerichteter Teil bereitet sich systematisch auf den als sicher erwarteten Zusammenbruch der Gesellschaft vor, meist als Bürgerkrieg vorausgesehen und identifiziert selbigen mindestens als Chance, das verhasste politische System in einer bewaffneten Auseinandersetzung abzuschaffen. Wiederum ein Teil davon möchte den Bürgerkrieg bewusst herbeiführen. Da zur Vorbereitung auch der bewaffnete Selbstschutz gehört, werden Waffen- und Munitionsvorräte angelegt. Viele Prepper*innen betreiben ihre Aktivitäten allein und nicht in einem kollektiven Zusammenhang mit politischen Zielvorstellungen. Andere indes vernetzen sich, unter anderem mit extrem Rechten, und besitzen einen politischen Geltungsanspruch. Diese Gruppierungen lehnen die demokratische Grundordnung ab und sind im Besitz von Waffen, teilweise kriegsfähigen Materials. Zahlenmäßig handelt sich um eine kleine und nicht unmittelbar handlungswillige Szene, die aber aktivierbar ist und deren Bewaffnung ein ständiges Gefahrenpotenzial darstellt.¹¹²

Die Reichsbürger*innen (auch Selbstverwalter*innen) sind ein heterogenes Konglomerat von Einzelpersonen und sektenartigen Kleinstgruppen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als eigenständiger, legitimer und legaler Staat leugnen. Laut Sicherheitsbehörden ist nur ein sehr geringer Teil davon dem Rechtsextremismus zuzurechnen.¹¹³ „Die Reichsideologie greift jedoch grundsätzlich antisemitische Welterklärungsmodelle auf und bedient sich rechtsextremer

¹¹¹ Vgl. Schedler 2016

¹¹² Vgl. <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/sachsen-und-sachsen-anhalt-ermittlungen-gegen-mutmasslich-rechtsextremes-prepper-netzwerk-eingeleitet-a-5f2e369a-bcca-40f4-a04b-83013d47195a> und <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-ermittler-finden-politiker-liste-bei-rechtsextremem-reservisten-a-729b2dfe-fee6-472a-a7d9-2935a482b7c7> (Abruf 01.12.2020)

¹¹³ Die Zahl an Reichsbürger*innen wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz mit insgesamt 19.000 eingeschätzt, von der etwa 950 dem Rechtsextremismus zuzurechnen sind. Vgl. VS-Bericht 2019: 103 und für eine umfassende Betrachtung die einzelnen Beiträge in Speit 2017

Ideologiefragmente“¹¹⁴ wie geschichtsrevisionistischer Vorstellungen oder positiver Bezüge zum NS. In dieser Gruppe gibt es ebenfalls viele, das politische System ablehnende Waffenbesitzer.¹¹⁵

Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie¹¹⁶ in der Bundesrepublik Deutschland hat sich eine gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen (vor allem die der Bundesregierung) zur Eindämmung der Pandemie gerichtete Sammlungsbewegung formiert: Querdenken.¹¹⁷ Nukleus und Motor dieser Bewegung ist die Gruppe Querdenken 711, die im April 2020 vom Stuttgarter Geschäftsmann Michael Ballweg gegründet wurde. Die Zahl 711 spielt auf die Telefon-Vorwahl Stuttgarts an, lokale Ableger verwenden analog ihre jeweiligen Vorwahlen. Das markiert den Anspruch der Bewegung, bundesweite Gültigkeit zu entfalten.¹¹⁸ Daneben gibt es Gruppierungen, die nicht unmittelbar Teil von Querdenken sind, aber entweder mit Querdenken zusammen auftreten oder aber einen ähnlichen Ansatz vertreten.

Die Bewegung besteht aus vielen unterschiedlichen Akteuren verschiedener weltanschaulicher Provenienz. Von allen Anhänger*innen der Bewegung wird die Ablehnung der staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen geteilt. Die Ablehnung verknüpft sich mit der Behauptung, dass die Maßnahmen eine Aushöhlung von Grundrechten und die Abschaffung der Demokratie insgesamt bedeuteten. So wird von einem Ermächtigungsgesetz¹¹⁹ (in der Regel ist das Infektionsschutzgesetz gemeint) fabuliert, das einen rechtsfreien Raum zur willkürlichen, unkontrollierten Herrschaft eines Obrigkeitsstaates schaffe. Teile der Bewegung leugnen die Existenz der Pandemie überhaupt bzw. die mit ihr eingehenden Gefahren und sehen im staatlichen Handeln den Versuch, mit falschen Fakten und Lügen die Bevölkerung zu betrügen, um eine Regierungsagenda zur vollkommenen diktatorischen Herrschaftsausübung („Corona-Diktatur“) durchzusetzen. Das Infektionsschutzgesetz sei unter anderem das Instrument hierfür. Dabei werden auch Falschinformationen verbreitet, wie die Behauptung einer geplanten Impfpflicht für Vakzine gegen den Coronavirus. In Teilen der Bewegung kursieren viele Verschwörungsnarrative (für einen Überblick siehe weiter oben).¹²⁰

Die Organisator*innen nehmen für sich in Anspruch „unpolitisch“ zu sein, gemeint ist damit eher eine weltanschauliche Unabhängigkeit, da die Ziele der Bewegung sehr wohl politisch sind. Zudem

¹¹⁴ Hermann 2018: 7

¹¹⁵ Vgl. Janz/Speit 2017

¹¹⁶ Im Folgenden wird der Lesbarkeit halber von der Corona-Pandemie gesprochen, die das durch das Coronavirus SARS-CoV-2 hervorgerufene Krankheitsbild COVID-19 mit beinhaltet.

¹¹⁷ In der vorliegenden Analyse Stelle wird keine Diskussion und Bewertung über die Pandemie und die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen vorgenommen. Gleichwohl wird hier erstens festgestellt, dass es sich bei der Pandemie um eine reale Bedrohung handelt. Zweitens sind die Schutzmaßnahmen des Bundes und der Länder grundsätzlich maßvoll und sinnvoll. Drittens gibt es mitnichten eine (willkürliche) dauerhaft umfassende Abschaffung von Grundrechten, geschweige denn einen geheimen Plan der Bundesregierung oder anderer Kreise zur Aufhebung der Demokratie bzw. zur Schaffung einer ‚Neuen Weltordnung‘ (wie es die QAnon-Legende behauptet). Davon unberührt bleiben sinnvolle demokratietheoretische Problematisierungen über die Einbindung der Parlamente (Bund und Länder) in den Entscheidungsprozess bezüglich der Schutzmaßnahmen. An dieser Stelle ist indes festzuhalten, dass das politische Handeln der staatlichen Akteure grundsätzlich verfassungsgemäß, transparent und demokratisch (legitimiert) stattfindet.

¹¹⁸ Die in Berlin entstandene „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“, die eine ähnliche Ausrichtung wie die Querdenken-Initiative besitzt, hat zumindest bundesweit keine größere Rolle gespielt und wird daher hier nicht weiter thematisiert. Vgl. Virchow/Häusler 2020: 12f

¹¹⁹ Das Ermächtigungsgesetz von 1933 war ein rechtliches Instrument des NS-Regimes zur Herrschaftssicherung, welches die Gewaltenteilung zugunsten der NSDAP vollständig aufhob und die Verfassungsmäßigkeit des politischen Systems abschaffte. Es war eine entscheidende Voraussetzung für die Terrorherrschaft des NS.

¹²⁰ Vgl. nach Virchow/Häusler 2020: 13

distanzieren sie sich scheinbar und formal von extrem rechten Gedankengut und Gewalt, betonen aber gleichzeitig den überparteilichen Charakter und dass man keine Meinung ausschliesse, was extreme Rechte faktisch und wissend einschließt.¹²¹ Tatsächlich ist die Bewegung von Anfang an ein Kristallisationspunkt extrem rechter und rechtspopulistischer Mobilisierung.

Die inhaltliche Nähe zur extremen Rechten und zum Rechtspopulismus beginnt schon bei den Organisatoren. Michael Ballweg, der Gründer von Querdenken 711, postet im April 2020 ein Bild, das Bill Gates (zu einzelnen Verschwörungsnarrativen siehe unten) als Adolf Hitler mit Spritzen in Hakenkreuzform zeigt.¹²² „Stephan Bergmann, Pressesprecher der Initiative, verbreitete in den vergangenen Jahren wiederholt rassistische und rechtsextreme Posts im Internet (o. V. 2020) und war vor wenigen Jahren Gründungsmitglied eines Vereins mit dem Namen *Primus inter Pares*, der der Reichsbürger*innen-Bewegung zugerechnet wird und die Errichtung einer völkischen Siedlung in Ungarn plante“ [Hervorhebung im Original]. In der Bewegung sind antisemitische Einstellungen äußerst weit verbreitet, vor allem die Verknüpfung der Verschwörungsideologie der jüdischen Weltverschwörung mit dem Narrativ der „Neuen Weltordnung“ (s.o.) erfährt dort große Zustimmung. Die traditionellen antisemitischen Ideologeme sind ohnehin in Teilen der Bewegung von vorneherein vorhanden.¹²³

Aufgrund der von vorneherein bestehenden Affinität zu rechten Positionen und systemfeindlichen Haltungen hat die demokratiefeindliche Rechte folgerichtig den sofortigen Anschluss an die Querdenken-Bewegung gesucht. Zahlreiche einschlägige Akteure (siehe Abschnitt 3.2.) nehmen an den Veranstaltungen von Querdenken teil, wobei ihnen eine starke Öffentlichkeitswirkung gelingt.¹²⁴

Sicherlich verfügen nicht alle Anhänger*innen von Querdenken über ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild und teilen auch nicht alle Ziele des rechtsextremen und rechtspopulistischen Lagers, sie gehen jedoch ein Bündnis mit diesen Kräften ein und treten gemeinsam als deren Partner auf. Die Anwesenheit dieser Kräfte in Form von Symbolen (bspw. der Reichskriegsflagge), Bannern und Habitus ist für alle Teilnehmenden klar ersichtlich, so dass von einer wohlwollenden Akzeptanz der Querdenken-Bewegung für rechtsextremes und rechtspopulistisches Gedankengut ausgegangen werden muss. Zudem sind die fundamentale Ablehnung von Schutzmaßnahmen auch ein Ausdruck eines sozialdarwinistischen Zugangs, der schwächere, besonders gefährdete Bevölkerungssteile (ältere Menschen, Kranke etc.) als zu vernachlässigende Größe begreift und sie aus dem solidarischen Zusammenleben ausblendet.

Bei den Veranstaltungen der Restriktionsgegner*innen und der Pandemieeugner*innen ist eine wachsende Radikalisierung zu beobachten, sowohl die Inhalte als auch die Aktionen betreffend. Höhepunkt waren die öffentliche Bedrängung und Vorführung von Bundestagsabgeordneten durch

¹²¹ Vgl. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/interview-ballweg-querdenken-100.html> (Abruf 01.12.2020) und Virchow/Häusler 2020: 13

¹²² Vgl. Ayyadi 2020, zitiert nach Virchow/Häusler 2020: 23ff

¹²³ Vgl. Virchow/Häusler 2020: 23ff und <https://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-querdenken-101.html> (Abruf 01.12.2020)

¹²⁴ Vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/querdenker-und-rechtsextreme-auch-kontakte-zu-holocausteugnern-17094590.html> und https://www.deutschlandfunk.de/querdenken-bewegung-rechte-hooligans-und-kampfsportler-als.892.de.html?dram:article_id=487565 (Abruf 01.12.2020)

Querdenken-Sympathisant*innen im Rahmen einer Querdenken-Demonstration am 18.11.2020 anlässlich der Abstimmung über das Infektionsschutzgesetz im bundesdeutschen Parlament, hierbei sind die Provokateur*innen von einzelnen AfD-Abgeordneten und Mitarbeiter*innen der AfD-Bundestagsfraktion in den Bundestag eingeschleust worden.¹²⁵ Bei den Veranstaltungen wird eine wachsende Fundamentalablehnung demokratischer Grundprinzipien deutlich. Aus der Kritik gegen konkrete Maßnahmen wird eine umfängliche Feindschaft zum politischen System überhaupt.

Als sinnstiftendes Thema ist der Umgang mit der Corona-Pandemie ein entscheidendes Betätigungsfeld der aktuellen rechten Agenda. Neben den gegen Geflüchtete gerichteten Aktivitäten ist die Corona-Pandemie der bedeutendste Katalysator rechter Mobilisierung der letzten Jahre. Die Corona-Pandemie wird sich vermutlich im Laufe des Jahres 2021 aufgrund von Impfungen deutlich abschwächen und möglicherweise als Mobilisierungsthema an Bedeutung verlieren. Wenn demnächst Massenimpfungen zur Bekämpfung der Infektion durchgeführt werden, wird es wahrscheinlich noch zu vermehrten Aktivitäten gegen eine vermeintliche Impfpflicht kommen, die sich mutmaßlich dann auch im Laufe der Zeit abschwächen werden. Dennoch ist hier eine Gemengelage entstanden, die über die zeitliche Phase der Coronapandemie hinaus relevant bleiben wird. Der extremen Rechten und dem Rechtspopulismus ist es hier offensichtlich gelungen, die politische Basis seiner Anhängerschaft auszubauen und demokratiefeindliche Positionen noch stärker und breiter zu verankern mit einem bemerkenswerten Anteil an Gewaltbereitschaft. Es ist zu erwarten, dass die jetzt wegen Corona-Schutzmaßnahmen aktivierten Anhänger*innen sich in Zukunft auch bei anderen Themenfeldern leichter remobilisieren lassen.

¹²⁵ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article220442692/AfD-schleust-offenbar-Querdenker-in-den-Bundestag.html> (Abruf 01.12.2020)

3.3. Lage in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz, als Flächenland mit wenigen urbanen Zentren, ergeben sich große Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Milieus. In aller Regel sind die zivilgesellschaftlichen Strukturen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren in urbanen Zentren stärker vorhanden. Daraus resultiert unter anderem, dass Aktivitäten rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure in ländlichen Regionen weniger auffällig sind bzw. nicht so häufig ins Blickfeld geraten. Dies gilt es bei einer Analyse grundsätzlich zu beachten.

Im Folgenden sollen zunächst zentrale Entwicklungen rechter Aktivitäten skizziert werden. Im Anschluss folgt eine gesonderte Betrachtung rechter Gewalt. Abschließend werden Themen, Kampagnen und Akteure in Rheinland-Pfalz näher beleuchtet.

3.3.1. Allgemeine Entwicklungen und Tendenzen

Im Bereich der extremen Rechten spiegelt sich die bundesweite Entwicklung (siehe Abschnitt 3.2.2.) wider. Die NPD ist in der öffentlichen Wahrnehmung von der AfD abgelöst worden und konkurriert mit den Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ um die Einbindung militanter und nicht parteilich organisierter extrem Rechter. Die Schwächung, die die NPD in den letzten vier Jahren erlebt hat, haben sie offenbar dazu bewogen, nach Kooperationsmöglichkeiten mit einem der Konkurrenten, nämlich „Die Rechte“ zu suchen (siehe 3.3.3.).

Insgesamt sind bei den extrem rechten Aktivitäten zwei Sachverhalte auffällig. Zum einen setzen die Akteur*innen auf regelmäßig wiederkehrende Schwerpunktkampagnen in spezifischen Orten. Die Kräfte scheinen nicht auszureichen, um überall in der Fläche dauerhaft Präsenz zu zeigen, also bündelt man die Anstrengungen. Die Strategie ist insofern erfolgreich, da mit einer geringen Zahl dennoch große Aufmerksamkeit erzeugt wird. Sie binden hierbei erheblich staatliche Ressourcen, da die Behörden (bspw. Ordnungsämter) die Veranstaltungen durchsetzen sowie gleichzeitig den Schutz der Anwohner*innen gewährleisten müssen. Regelmäßig sind hierzu größere Polizeikontingente abzustellen. Das martialische und Gewaltbereitschaft ausstrahlende Auftreten dieser Gruppen schüchtert Anwohner*innen ein, besonders Menschen mit Migrationshintergrund und andere Zielgruppen rechten Hasses fühlen sich bedroht. Des Weiteren wird die Zivilgesellschaft permanent gezwungen, mit Abwehrmaßnahmen wie Gegenveranstaltungen lediglich reaktiv darauf zu antworten. Die so gebundenen Ressourcen fehlen für eine eigenständige schöpferische Gestaltung des bürgerschaftlichen Zusammenlebens, welches eine der genuinen Tätigkeitsfelder von Zivilgesellschaft darstellt. Statt eigene Inhalte entwickeln zu können, werden zivilgesellschaftliche Akteure in ein Reaktionsschema gedrängt.

Die Auftritte dienen darüber hinaus der Vertiefung der Binnenkohäsion in der jeweiligen Gruppe. Das übliche konfrontative Muster, eine kleine Gruppe von extrem Rechten steht von einem großen Polizeiaufgebot umringt der Gegenöffentlichkeit gegenüber, bedient das Narrativ einer ‚Widerstandsgruppe‘, die sich tapfer gegen eine äußere Bedrohung entgegenstemmt. Das Außen schweißt das Innen zusammen.

Zum anderen setzen extrem rechte Gruppierungen ihre Bemühungen fort, über die eigene soziale und politische Basis hinaus gesellschaftliche Mehrheiten zu erreichen. Daher sind sogenannte Bürgerbündnisse, die in einem eher rechtspopulistischen Kontext entstehen, wie bspw. in Kandel, ein wichtiger Bezugspunkt. Als Angehörige von extrem rechten Organisationen sind sie dort Teil eines größeren Zusammenhangs und können sowohl die Inhalte als auch die Form (des Auftretens) maßgeblich mitbestimmen.

Die Aktionsbüros haben für die extrem rechte Szene lange eine herausragende Bedeutung eingenommen. Hauptsächlich hat das AB Mittelrhein seit 2004 für den Norden von Rheinland-Pfalz eine wichtige Rolle bei der Vernetzung und Koordination von Nazis und Rechtsrock-Milieu gespielt. Die im März 2012 einsetzende staatliche Repression mit gerichtlichen Verfahren und Festnahmen haben das AB Mittelrhein faktisch ausgeschaltet.¹²⁶ Allerdings zeigt sich hier beispielhaft ein grundsätzliches Problem. Der Strukturrahmen ist als solcher zerschlagen worden, die Akteure sind indessen nicht verschwunden. Ein Teil der Verfahren wurde eingestellt und ein anderer Teil endete mit geringen Haftstrafen, die teilweise durch die Untersuchungshaft schon abgegolten wurde. Dieses Ergebnis hat die personalen Akteure insgesamt nur geringfügig beeinträchtigt. Die Akteure verfügen nach wie vor über ihre Netzwerke und sind jetzt in anderen Zusammenhängen aktiv. Teile des AB Mittelrheins haben ihre Aktivitäten nach Nordrhein-Westfalen verlagert.¹²⁷ Für Sicherheitsbehörden ist damit der Beobachtungsgegenstand verschwunden, die Konsequenzen von extrem rechter Betätigung sind geblieben, vor allem für die Zivilgesellschaft.

3.3.2. Rechte Gewalt

Auch in Rheinland-Pfalz hat die Aggression gegen Politiker*innen und Behördenmitarbeiter*innen, besonders auf der kommunalpolitischen Ebene erkennbar zugenommen. Beispielhaft sei aufgeführt: „Am 18. Juni 2019 erhielt ein Kommunalpolitiker in Neuwied ein an ihn gerichtetes anonymes Schreiben, in dem dieser als „Volksschmarotzer“ tituiert und indirekt mit Mord bedroht wird. Am 25. Juni 2019 wurde bekannt, dass drei Wochen zuvor im Eingangsbereich des Grundstücks einer rheinland-pfälzischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Patronenhülse 9mm gefunden worden war. Am 27. Juni 2019 wurde ein an eine Mitarbeiterin des Stadtjugendamtes Bad Kreuznach gerichtetes Schreiben mit der unverhohlenen Drohung ‚Die Jagt hat begonnen Du bist die Nächste‘ [sic!] bekannt. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.“¹²⁸ Einer nicht repräsentativen Umfrage des Südwestrundfunks mit mehr als 1300 Kommunalpolitiker*innen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zufolge hat jeder Zweite Erfahrungen mit Anfeindungen allgemein gemacht. In Rheinland-Pfalz

¹²⁶ Vgl. Vgl. <https://www.belltower.news/aktionsbuero-mittelrhein-mammut-prozess-gegen-neonazis-in-koblenz-eingestellt-rechtsextreme-jubeln-90947/> (Abruf 01.12.2020)

¹²⁷ Vgl. Vgl. <https://www.belltower.news/jahresueckblick-2019-rheinland-pfalz-der-prozess-gegen-das-aktionsbuero-mittelrhein-endet-nazi-aktivitaeten-nicht-94057/> (Abruf 01.12.2020)

¹²⁸ Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019: 25

wurden von den Befragten folgende Motive angegeben: 25% sind aufgrund der „Flüchtlingspolitik“ und 12% aufgrund von Rassismus angefeindet worden (Mehrfachnennungen waren möglich).¹²⁹

Für zivilgesellschaftliche Akteure hat sich die Bedrohungslage ebenfalls weiter verschärft. Die zivilgesellschaftliche Meldestelle der „Mobilen Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz – m*power“ berichtet von einer erheblichen Zunahme von Beratungsanfragen von Menschen, die unmittelbar bedroht werden oder die eine begründete Sorge vor Bedrohung und Gewalt haben.¹³⁰ Die Betroffenen können von behördlichen Programmen nicht ausreichend geschützt werden, da oft ein juristisches oder polizeiliches Vorgehen nur schwer möglich ist (bspw. weil die Täter*Innen unbekannt sind, ein permanenter Schutz nicht leistbar ist usw.). In den drei Monaten (01.09. bis 01.12.2020), seitdem die Meldestelle als eigenständige Einrichtung in Erscheinung getreten ist, sind allein über 200 Meldungen eingegangen. Dies ist vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die neue Meldestelle als eigenständige Einrichtung noch keinen hohen Bekanntheitsgrad aufweist. Die Angriffe richteten sich besonders gegen Personen, die sich gegen die extreme Rechte engagieren, wie Antifaschist*innen und/oder Gewerkschafter*innen und tatsächlichen oder vermeintlichen Anhänger*innen linker Strömungen.

Ein besonders eindrückliches Beispiel ist ein Mann aus Neuwied, der aufgrund seines politischen Engagements – besonders seitdem er sich in Form von Leserbriefen kritisch mit der AfD vor Ort auseinandergesetzt hatte – seit April 2018 mehrfach Todesbedrohungen ausgesetzt war. Nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke erhielt er einen Drohbrief, der ihn mit seiner Ermordung drohte.¹³¹

Mehrere Anschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten sind in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren verübt worden. Allein im Jahr 2015 fanden 30 Attacks statt, darunter sechs Brand- oder Sprengstoffanschläge, im Jahr 2016 haben mindestens 21 Anschläge stattgefunden, darunter zwei Brandstiftungen. Das zeigt eindrücklich die Gefahr für Leib und Leben, die von extrem rechter Gewalt ausgeht.¹³²

An einem Beispiel gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sollen einschlägige Delikte aufgezeigt werden: Antisemitismus. Im Jahr 2018 gab es in Rheinland-Pfalz 32 antisemitische Straftaten, von Januar bis September 2019 betrug die Zahl bereits 31. „Insgesamt zeigen die registrierten Vorfälle: Es gibt in Rheinland-Pfalz ein großes Spektrum an antisemitisch agierenden Akteur*innen.“¹³³ Die Liste politisch rechtsextrem-motivierter Kriminalität beinhaltet eine Vielzahl von Ausdrucksformen: Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und viele weitere mehr. Für das Jahr 2016 beziffert das rheinland-pfälzische Innenministerium (als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage) die Zahl rechtsextremistischer Straftaten für das Bundesland mit 683.¹³⁴

¹²⁹ Vgl. <https://www.swr3.de/aktuell/nachrichten/swr-umfrage-immer-mehr-hass-und-drohungen-gegen-kommunalpolitiker-100.html> (Abruf 01.12.2020)

¹³⁰ Die Daten der Meldestelle unterliegen Vertraulichkeit und Verschwiegenheit. Daher kann an dieser Stelle der Sachverhalt nicht genau empirisch abgebildet werden. Beispiele sind hier zu finden: <https://www.mpower-rlp.de/chronik-der-gewalt/chronik-der-uebergriffe.html> (Abruf 01.12.2020)

¹³¹ Vgl. Knieper 2019: 16

¹³² Vgl. Ministerium des Innern und für Sport: Drucksache 17/4981 zur Drucksache 17/4695 vom 19.12.2017

¹³³ Knieper 2019: 17

¹³⁴ Vgl. Ministerium des Innern und für Sport: Drucksache 17/4981 zur Drucksache 17/4695 vom 19.12.2018

Zur Beurteilung des Potenzials von Gewaltfähigkeit kann ein Blick auf die Zugriffsmöglichkeiten von hierzu geeigneten Instrumenten dienen: Waffenbesitz. Hierzu gibt das Ministerium (als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage) folgende Informationen im Jahr 2018 bekannt: 45 Personen aus dem rechtsextremistischen Personenkreis verfügen über eine waffenrechtliche Erlaubnis, darunter 21 Waffenbesitzkarten. Insgesamt 109 Waffen lassen sich diesem Personenkreis zuordnen. Es darf vermutet werden, dass den Rechtsextremen mehr Waffen (im illegalen Besitz) zur Verfügung stehen, als behördlich gemeldet sind.¹³⁵

Bei der Betrachtung rechter Gewalt und ihrer Bedingungen muss beachtet werden, dass die Quellenlage nur gemeldete oder anderweitig erfasste Daten enthält. Das Hellfeld, also die bekannten Vorfälle, ist sehr viel kleiner als das Dunkelfeld, welches die reale Situation darstellt.

Auf einen weiteren Aspekt sei noch hingewiesen. Die Gefahr extrem rechter Gewalt ist nicht nur auf politisch motivierte Taten zu beziehen. Rechtsextreme zeichnen sich allgemein durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft aus. Die wegen der politischen Radikalisierung durchgehend herabgesetzte Hemmschwelle für Gewalt und die Geringschätzung menschlichen Lebens ist eine Konsequenz rechtsextremen Selbstverständnisses, zu denen Gewalt (siehe Abschnitt 2.1) als Konstituante gehört. Ein aktuelles Beispiel ist die Tötung eines Menschen in Zweibrücken durch einen Rechtsextremen. Zwar scheint die Tat eher aus einem privaten Streit heraus entstanden sein, der Täter war aber unter anderem eng mit dem „Nationalen Widerstand Zweibrücken“ verbunden und hatte Kontakte zur NPD.¹³⁶ Selbst in einem nicht politischen Feld muss die Gewaltaffinität von extrem Rechten beobachtet und berücksichtigt werden.

3.3.3. Themen, Kampagnen und Akteure

Im folgenden Abschnitt soll eine Auswahl von Aktivitäten einzelner rechter Akteure in Rheinland-Pfalz vorgestellt werden. Um die Funktionsweise und strategische Zielrichtung der extremen Rechten und Rechtspopulist*innen besser erfassen zu können, werden im Anschluss Schwerpunktaktionen und Kampagnen vorgestellt, die als typisches Beispiel ihrer Vorgehensweisen gelten können.

AfD

Lediglich auf zwei Aspekte soll bezüglich der AfD hierbei eingegangen werden. Erstens sind ihre personellen Verbindungen zur extremen Rechten offenzulegen. Nur drei Beispiele sollen hier genannt werden.¹³⁷ Unter anderem weisen folgende Landtagsabgeordnete Bezüge zur extremen Rechten auf, die beispielsweise an folgenden Vorfällen deutlich wurden. Damien Lohr marschierte 2018 mit

¹³⁵ Ministerium des Innern und für Sport: Drucksache 17/4981 zur Drucksache 17/4695 vom 19.12.2018

¹³⁶ Vgl. <https://www.sol.de/news/update/News-Update,493269/Toedlicher-Streit-in-Zweibruecken-Neue-Details-zu-Tatverdaechtigem,493300> (Abruf 01.12.2020)

¹³⁷ Zwei ehemalige Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz mit persönlichen Kontakten zu Rechtsextremen sind inzwischen aus der Partei ausgeschlossen worden (Jens Ahnemüller, Ausschluss 2019 wegen Kontakten zur NPD und Gabriele Bublies-Leifert, Ausschluss 2020 wegen Nichtzahlung von Mandatsträgerabgaben).

Mitgliedern der Identitären Bewegung auf einer Demonstration in Kandel und ist Vorsitzender der vom Bundesamt für Verfassungsschutz seit 2019 zum Verdachtsfall eingestuften rechtsextremen Jugendorganisation der AfD „Junge Alternative). Joachim Paul wurde im November 2019 von den anderen Fraktionen wegen rechtsextremen Gedankenguts als Vorsitzender des Parlamentsausschusses Medien, Digitale Infrastruktur und Netzpolitik abgewählt. Der sich nach außen moderat gebende ehemalige Landesvorsitzende Uwe Junge nahm 2018 in Chemnitz unter anderem mit Björn Höcke an einer von PEGIDA organisierten Demonstration teil.¹³⁸

Zweitens ist die gleich mehrfache Scharnierfunktion der AfD zu betonen. Die AfD fungiert als Verknüpfung von Partei und Bewegungen (Beispiel „Kandel ist überall“, siehe unten), ferner verbindet sie die extreme Rechte und den Rechtspopulismus und versucht den unter erkennbarer Beteiligung von Rechtsextremen stattfindenden Bündnissen einen seriösen Anstrich zu verleihen.

Am 14.03.2021 fanden in Rheinland-Pfalz die Landtagswahlen zum 18. Landtag statt. Beherrschende Themen seitens AfD waren im Wahlkampf die Forderung nach Lockerungen der durch die Corona-Pandemie bedingten Hygienemaßnahmen und Restriktionen sowie eine deutschtümelnde Ablehnung von Migration. Dezidiert gegen Migrant*innen richtete sich das Evozieren eines vermeintlichen Zusammenhangs von Kriminalität und ‚Ausländern‘, vor allem hinsichtlich Sexualstraftaten.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen haben eine ambivalente Bedeutung. Zwar hat die AfD erhebliche Stimmenverluste (über 100.000) gegenüber der vorhergehenden Landtagswahlen hinnehmen müssen, gleichzeitig aber problemlos den Einzug ins Parlament geschafft. Sie hat im Vergleich zu den Wahlen von 2016 (12,6% Stimmenanteil) über 4 Prozentpunkte verloren und somit 2021 einen Stimmenanteil von 8,3% erreicht.¹³⁹ Zwei Drittel der vormaligen AfD-Wähler*innen haben bei dieser Wahl nicht gewählt, das andere Drittel verteilt sich auf die anderen Parteien (die meisten Stimmen gingen hierbei an die SPD).¹⁴⁰

Offensichtlich konnte die AfD mit ihrer monothematischen Ausrichtung auf Migration und einer imaginierten Überfremdung nicht die Wähler*innen mobilisieren. Andere Themen spielten für die Wahlentscheidung der Wähler*innen eine wichtigere Rolle: Wirtschaft, Umwelt, Klima, soziale Sicherheit und die Corona-Pandemie bzw. ihre Folgen. Lediglich für AfD-Wähler*innen war das Thema Zuwanderung wahlentscheidend¹⁴¹ Zudem überlagerte in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes innerhalb der öffentlichen Diskurse die Corona-Pandemie alle anderen (Wahlkampf-)Themen. Auch die Pandemie selbst konnte die AfD für sich nicht gewinnbringend nutzen, Relativierung oder Leugnung derselben scheinen ihr nicht zu nutzen.

Die Stimmenverluste haben den bisherigen Aufwärtstrend der AfD bei Wahlen gebrochen, jedoch bleibt die AfD die entscheidende Kraft rechts außen. Sie konnte ihr Wähler*innen-Reservoir nicht ausbauen, verfügt aber über eine genügend hohe Mobilisierungsfähigkeit, um sich als Akteur

¹³⁸ Vgl. <https://www.stern.de/politik/deutschland/afd-demonstration-in-chemnitz--die-rechten-rosenkavaliere-8238506.html> (Abruf 01.12.2020)

¹³⁹ Vgl. <https://www.landtag.rlp.de/de/mitmachen/landtagswahl-2021/> (Abruf 02.04.2021)

¹⁴⁰ Vgl. <https://wahlergebnisse-landtagswahl-2021-rp.swr.de/public/ec/ergebnis-landtagswahl-2021-rheinland-pfalz-analyse-embedded.html> (Abruf 02.04.2021)

¹⁴¹ Vgl. Kahrs 2021: 9

nachhaltig in der Parteienlandschaft zu etablieren. Ihr ist es gelungen, als Sammelbecken für Rechtspopulist*innen, extreme Rechte, Demokratieskeptiker*innen und -feinde zu fungieren, mit einer eigenen geschlossenen Kommunikations-, Sinn- und Deutungswelt.¹⁴² Auf dieses Potenzial wird die AfD auch mittel- bis langfristig zurückgreifen können.¹⁴³

Im Landtag verfügt die AfD also nach wie vor über parlamentarische Privilegien und kann die damit einher gehenden Ressourcen nicht nur für die parlamentarische Bühne, sondern darüber hinaus für außerparlamentarische Bündnisse mit anderen demokratiegefährdenden Strömungen und Gruppen einsetzen.

NPD

Aufgrund der bereits skizzierten Schwäche der NPD, versucht sie mit zwei strategischen Ansätzen wieder größere Bedeutung zu erlangen. Einerseits tritt sie seit 2018 mit einem eher bewegungsförmigen Charakter in der Öffentlichkeit auf, der „Schutzzonen“-Kampagne, die von der Bundesebene initiiert wurde. In bürgerwehähnlicher Form werden meist abends Streifengänge in Ortsteilen durchgeführt, die einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen und/oder eine durch einen erhöhten Kriminalitätsgrad sich kennzeichnen bzw. kennzeichnen sollen. Sie inszeniert sich als eine Art Bürgermiliz mit Polizeiaufgaben, die sich der durch migrantische Bevölkerungsteile in die Bundesrepublik eingebrachte Kriminalität entgegenstellen. Der Staat wolle oder könne seine (blutsdeutschen) Bürger*innen nicht schützen, daher müssten diese sich selbst schützen. Die NPD-Aktivist*innen präsentieren sich als Bewegung besorgter Bürger*innen und rücken den politischen bzw. den Partei-Charakter ihrer Tätigkeit in den Hintergrund.¹⁴⁴ Thematischer Schwerpunkt ist die Behauptung erhöhter Kriminalität bei Menschen mit Migrationshintergrund, hauptsächlich bei Geflüchteten. Im Jahr 2019 führte die Partei etwa 20 Aktionen solcher Aktionen durch, unter anderem in Primasens, Worms, Trier, Alzey und Bad Neuenahr-Ahrweiler.¹⁴⁵ Die Zahl der teilnehmenden NPD-Aktivist*innen ist zwar gering, die Wirkung in den jeweiligen Orten hingegen groß. Die Auftritte unterminieren das Sicherheitsgefühl nicht nur migrantischer Bevölkerungsteile, sie demonstrieren darüber hinaus den Anspruch auf Handlungsfähigkeit. Das Bürgermilizen ähnelnde Auftreten deutet auch die Bereitschaft als selbsternannte Polizeitruppe an, gegebenenfalls mit gewalttätigen Aktionen in Erscheinung zu treten.¹⁴⁶

Andererseits hat die personale und inhaltliche Schwäche zu Kooperationsbestrebungen mit der Partei Die Rechte geführt, um die nationalistischen Kräfte zu bündeln. Für die Organisation des „Tags der deutschen Zukunft“ 2020 in Worms haben beide Parteien zusammengearbeitet. Sollte sich die

¹⁴² Vgl. Ruhose 2020: 25

¹⁴³ Ähnlich können die Wahlergebnisse der zeitgleichen Landtagswahlen in Baden-Württemberg interpretiert werden.

¹⁴⁴ Die Auftritte greifen hier offensichtlich Konzepte der NSDAP auf, die mit ihrer paramilitärischen Parteiorganisation der SA ähnliche Kampagnen zur Anbindung an die Bevölkerung sowie zur Einschüchterung der Parteigegner durchführte.

¹⁴⁵ Vgl. https://www.rheinpfalz.de/politik/rheinland-pfalz_artikel,-rheinland-pfalz-bisher-18-schutzzonen-auftritte-der-ncpd-_arid,1537970.html (Abruf 01.12.2020)

¹⁴⁶ Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019: 59ff

Kooperation in Form eines Bündnisses nachhaltig verfestigen, ist tatsächlich eine Revitalisierung der NPD vorstellbar.

Die Rechte

Die Partei Die Rechte hat ihren Aktionsschwerpunkt von Alzey nach Ingelheim (siehe unten) verlagert. Dort hat sie seit 2019 mehrere Demonstrationen zusammen mit Kräften der Freien Kameradschaften, wie dem „Nationalen Widerstands Zweibrücken“ durchgeführt. Als Bindeglieder zu den nicht parteiförmig organisierten Rechtsextremen besitzt sie aktuell eine größere Bedeutung als die NPD, die bis in die 2010er Jahre die hauptsächliche Schnittstelle der parteiförmigen extremen Rechte zu den freien Kräften bildete. Mittlerweile ist eine Annäherung von NPD und der Partei „Die Rechte“ zu beobachten. In Rheinland-Pfalz kam es zu einer Kooperation der beiden Parteien bei der Organisation des „Tages der deutschen Zukunft“. Es muss noch abgewartet werden, ob die Zusammenarbeit mit der NPD zu einem neuen Koordinierungszusammenhang der rechtsextremen Szene in Rheinland-Pfalz führen wird.¹⁴⁷

III. Weg

Die international mit anderen Rechtsextremen gut vernetzte Partei „Der III. Weg“ ist zurzeit vor allem in Rheinhessen, der Pfalz (wo der Parteivorsitzende Klaus Armstroff lebt) und im Westerwald aktiv. Hauptsächlich ist sie mit der Einbindung ihrer Sympathisant*innen in eine ‚Erlebniswelt Rechtsextremismus‘ beschäftigt. Sie unternimmt Wanderungen, Kampfsporttrainings und ähnliche Freizeitaktivitäten, die immer in einem völkisch gestalteten Rahmen stattfinden.¹⁴⁸

Allerdings führt die Partei regelmäßig auch Veranstaltungen in der Öffentlichkeit durch. Im Juni 2020 fand eine von ihr organisierte Kundgebung in Kaiserslautern statt, die mit über 60 Teilnehmenden eine der größten öffentlichen extrem rechten Veranstaltungen des Jahres 2020 war.¹⁴⁹

Weitere Akteure und Einzelaktivitäten

Nach Medienberichten lebt in Trierweiler ein Mitglied der vom Bundesinnenministerium 2020 verbotenen Organisation „Combat 18“. Recherchen des Südwestrundfunks zufolge hat Trier eine weitere Verbindung zur rechtsextremen Szene in Form eines führenden Mitgliedes der mutmaßlich gewaltbereiten rechten Organisation „Freikorps Heimatschutz“, die seit fast vier Jahren existiert und aktiv sich mit anderen rechten Sympathisanten vernetzt. Die Mitglieder des Freikorps haben laut Medienberichten auch Kontakt zur „Gruppe S“, die Anschläge geplant haben soll und von deren

¹⁴⁷ Vgl. <https://taz.de/Nazi-Demo-Tag-der-Deutschen-Zukunft!/5690813/> (Abruf 01.12.2020)

¹⁴⁸ Vgl. Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019: 65

¹⁴⁹ Vgl. <https://kommunalinfo-mannheim.de/2020/06/11/erfolgreicher-protest-gegen-kundgebung-des-rechtsextremen-iii-weg-in-kaiserslautern-mit-fotogalerie/> (Abruf 01.12.2020)

Beschuldigten einer in Rheinland-Pfalz wohnt.¹⁵⁰ Im Februar 2020 durchsuchte die Polizei Häuser des Reichsbürgervereins „Geeinte deutsche Völker und Stämme“, der im März 2020 vom Bundesinnenministerium verboten wurde, einer der Beschuldigten wohnt in Koblenz, bei ihm wurde eine Schrotflinte gefunden.¹⁵¹ In der inzwischen verbotenen extrem rechten und als äußerst gewaltbereit einzustufenden Organisation „Goyim Partei Deutschland“ (sic!) sind zwei Personen aus dem Raum Ludwigshafen und dem Kreis Kusel Mitglied (gewesen). Die Organisation, die keine Parteieigenschaften aufweist, hatte zum Mord an jüdische Menschen aufgerufen.¹⁵² Auch die Identitäre Bewegung Deutschlands ist in Rheinland-Pfalz aktiv, vor allem in den Regionen Trier und Koblenz. Allerdings beschränken sie sich auf Infotische und das Anbringen von Klebezetteln und Bannern im öffentlichen Raum.¹⁵³

Themen, Kampagnen und Orte

Extrem rechte und rechtspopulistische Aktivitäten in Rheinland-Pfalz sind gut über deren Kampagnen und Schwerpunktaktion zu erfassen, da die rechten Aktivist*innen besondere örtliche und inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Im Jahr 2014 eskalierten die Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und der russischen Föderation, die ihren Höhepunkt in der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim fand. Das führte zur Bewegung der Friedensmahnwachen, die in vielen Orten der Bundesrepublik aktiv sind. Um sich als Traditionsnachfolgerin der Montagsdemonstrationen in der DDR Ende der 1980er Jahre zu präsentieren, finden die *Friedensmahnwachen* montags statt. So soll das Bild einer tapferen Bevölkerung evoziert werden, die sich den Umtrieben einer mächtigen Elite entgegenstemmt. Eine besondere häufige Aktivität mit einer nennenswerten Anzahl von Teilnehmenden ist in Rheinland-Pfalz an den Standorten der US-Streitkräfte in Büchel und Rammstein zu verzeichnen.¹⁵⁴

Die Mahnwachen haben eine einseitige, gegen die USA bzw. die NATO bzw. die EU gerichtete Sichtweise zur argumentativen Grundlage. Diese werden als die wesentlichen Aggressoren beschrieben, die willkürlich und rücksichtslos gegen die russische Föderation vorgingen. Eine komplexe internationale Konfliktlage wird somit manichäisch zum Wirken ‚guter‘ und ‚böser‘ Akteure reduziert. Dabei kann dieses Denken an die antiamerikanischen Ressentiments anknüpfen, die in Teilen linker wie rechter Zusammenhänge existieren. So werden die USA, und ihre angeblichen Vasallen wie NATO oder EU zu den üblichen Verursachern von Krieg und Elend deklariert. Das autoritäre System der russischen Föderation hingegen wird zu einem positiven Bezugspunkt.¹⁵⁵

¹⁵⁰ Vgl. <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/trier/weitere-rechtsextreme-in-region-100.html> (Abruf 01.12.2020)

¹⁵¹ Vgl. <https://www.belltower.news/jahresrueckblick-2020-rheinland-pfalz-108225/> (Abruf 01.12.2020)

¹⁵² Vgl. ebenda

¹⁵³ Vgl. ebenda

¹⁵⁴ Vgl. inforex - Infoblatt gegen Rechtsextremismus (Themenblätter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz) / Ausgabe Nr. 1 vom Dezember 2019

¹⁵⁵ Unbenommen bleibt davon, dass eine Kritik an der Militärpolitik von USA, NATO oder EU durchaus ein legitimes Anliegen ist. Jedoch sind die außen- und geopolitischen Strategien der russischen Föderation genauso zu hinterfragen. Eine einseitige Sicht in Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen muss als Aufwertung der extremen Rechte verstanden werden.

In diesen Bewegungen agieren teilweise linke und rechte Akteure gemeinsam. Die extrem Rechten verfolgen hierbei den Ansatz der Querfront-Konzeption, also der Versuch linke Akteure für gemeinsames Handeln zu gewinnen oder zumindest gemeinsam mit ihnen aufzutreten. Die der Friedensrhetorik der extremen Rechten zugrunde liegende Querfront-Konzeption hat sich bei den Friedensmahnwachen als erfolgreich herausgestellt. Gepaart mit Verschwörungsmysen, wie z.B. die angebliche Verantwortung der US-Notenbank oder des dahinterstehenden jüdischen Einflusses für den kriegerischen Konflikt, bedienen Mahnwachen letztlich typische extrem rechte Ideologeme.¹⁵⁶

Gegenwärtig sind die Friedensmahnwachen in vielen Orten (mit Ausnahme der Standorte der US-Streitkräfte) in ihrer ideologischen Bedeutung von der Pandemieleugnung abgelöst worden, viele Teilnehmende der Montagsmahnwachen finden sich im Konglomerat der Pandemieleugner*innen bzw. verharmloser*innen wieder, teilen sie doch die gleiche ideologische Grundhaltung.

Mit der *Kampagne zu den Rheinwiesslagern* versucht die extreme Rechte in geschichtsrevisionistischer Form die Verbrechen des NS zu relativieren und eine Opferumkehr zu vollziehen. Die historische Hintergrund bei den Rheinwiesslagern ist dabei den Wenigsten bekannt: „In den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs [...] gerieten Millionen deutscher Soldaten in Kriegsgefangenschaft. Die alliierten Streitkräfte waren auf eine solch große Zahl von Kriegsgefangenen in einer so kurzen Zeitspanne nicht ausreichend vorbereitet. Daher wurden die Soldaten sowie uniformierte oder verdächtige Zivilisten zunächst in provisorischen Lagern am Rhein – den sogenannten Rheinwiesslagern – interniert. Während es an Unterkünften, Nahrung und Medizin für alle Menschen in Deutschland mangelte, war auch das Leben der Kriegsgefangenen gekennzeichnet von Hunger, Krankheiten und völlig unzureichenden hygienischen Verhältnissen.“¹⁵⁷

Die Kampagne wurde in der Vergangenheit von gleich mehreren Gruppierungen bzw. deren Anhänger*innen in der extrem rechten Szene in Kooperation durchgeführt: Freie Kameradschaften, NPD, „Die Rechte“, „Der III. Weg“, das Aktionsbüro Rhein-Neckar, „Nationaler Widerstand Zweibrücken“, „Freies Netz Süd“ und anderen. In der jüngeren Zeit scheint „Die Rechte“ bei der Organisation federführend zu sein. Im Jahr 2020 sind knapp unter 100 extrem Rechte in Remagen aufmarschiert.¹⁵⁸

Als Trauermärsche inszeniert finden die Veranstaltungen an mehreren ehemaligen Standorten der alliierten Gefangenenlager statt, verstärkt im Bretzenheim im Nahetal und in Remagen. In diesen Orten sind persönliche, biographisch tradierte Erinnerungen der Bevölkerung an die historischen Vorgänge vorhanden, so dass die extreme Rechte thematisch ein Anknüpfungsmoment vorfindet. Die Gefangenenlager werden im extrem rechten Narrativ aus dem historischen Kontext eines Angriffs- und Vernichtungskrieges der Wehrmacht herausgelöst und als Beleg für einen imaginierten exterminatorischen Willen der Alliierten angeführt. Man vollzieht eine Opfer-Täter-Umkehrung, deutsche Kriegsgefangene werden zu den Hauptopfern des 2. Weltkrieges stilisiert. Darin drückt sich

¹⁵⁶ Vgl. inforex - Infoblatt gegen Rechtsextremismus (Themenblätter der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz) / Ausgabe Nr. 1 vom Dezember 2019

¹⁵⁷ Weber o.J.: 1

¹⁵⁸ Vgl. <https://koblenz.dgb.de/++co++63faf4fe-233e-11eb-be34-001a4a160127> (Abruf 01.12.2020)

ein typisches Topos der extremen Rechten aus, die Relativierung der NS-Verbrechen, da ja die Alliierten schließlich genauso barbarisch, wie der NS gewesen seien.

Das Thema Rheinwiesentaler Lager ist für die extreme Rechte in Rheinland-Pfalz deswegen von so großer Bedeutung, weil sie als Bewegung auftreten kann und in die gesellschaftliche Mehrheit hineinwirkt. Sie hat zwar keine neuen Einstellungsmuster implementieren, dafür aber vorhandene aktivieren können. Gerade in den betreffenden Regionen der Kampagne fällt es Bevölkerungsteilen der ‚Mitte‘ schwer, sich eindeutig von den Inhalten der extremen Rechte abzugrenzen. Der langjährigen Zusammenarbeit mehrerer Gruppen der extremen Rechten ist es offensichtlich teilweise gelungen, vor Ort deutungsmächtig zu wirken.

Im Dezember 2017 hatte ein seit Anfang 2016 in der Bundesrepublik Deutschland lebender jugendlicher Geflüchteter aus Afghanistan seine Ex-Freundin im Ort Kandel ermordet, wofür er vom Landgericht Landau September 2019 wegen Mordes verurteilt wurde. Der Täter beging im Oktober 2019 Suizid.¹⁵⁹ Im Mai 2018 wurde ein Mädchen von einem irakischen Asylbewerber in der Nähe von Wiesbaden ermordet, der dafür im Oktober 2019 wegen Mordes zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt wurde.¹⁶⁰

Die Taten waren für die rechtspopulistische und extrem rechte Szene ein willkommener Vorwand, gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund zu mobilisieren. Zunächst rief der Gründer der rechtsextremen, gegen die Asylpolitik der Bundesregierung gerichteten Bewegung „Der Marsch 2017“ ein neues Bündnis ins Leben, das unter den Namen „Frauenbündnis Kandel“ den Eindruck erwecken sollte, es handele sich um besorgte Anwohnerinnen des Ortes. In Kandel selbst war dieses Bündnis unbekannt.¹⁶¹

Nach der Ermordung des Mädchens in Wiesbaden gründete die baden-württembergische Landtagsabgeordnete der AfD, Dr. Christina Baum das Bündnis „Kandel ist überall“, das mehrfach Kundgebungen in verschiedenen Orten in Rheinland-Pfalz veranstaltete. In Mainz wurden bspw. in Anlehnung an die Arbeiten Gunter Demnicks, der in Erinnerung an die Opfer der Shoah Stolpersteine verlegt, ähnliche Stolpersteine in fotografischer Form mit den Namen der beiden Opfer arrangiert. Das Bild sollte in den elektronischen sozialen Netzwerken als Meme fungieren.¹⁶² Hierzu äußerte Josef Schuster, Vorsitzender des Zentral der Juden in Deutschland: „Sie instrumentalisieren nicht nur die Mordopfer selbst für ihre Hetze gegen Flüchtlinge und Ausländer. Sie scheuen nicht einmal davor zurück, die Shoah zu relativieren, indem sie die Stolpersteine nachahmen.“¹⁶³

¹⁵⁹ Vgl. <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ludwigshafen/hh-102.html> und <https://www.swr3.de/aktuell/nachrichten/urteil-im-fall-mia-ber-acht-jahre-haft-fr-angeklagten-100.html> (Abruf 01.12.2020)

¹⁶⁰ Vgl. <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/wiesbaden-ali-b-und-15-jaehriger-wegen-vergewaltigung-vor-gericht-langjaehrige-haftstrafe-a-1294263.html> (Abruf 01.12.2020)

¹⁶¹ Vgl. https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_83136968/demo-in-kandel-nach-mord-an-mia-die-afd-und-die-frauen.html (Abruf 01.12.2020)

¹⁶² Vgl. <https://rechtemedieninfo.blogspot.com/2020/08/kandel-ist-uberall.html> (Abruf 01.12.2020)

¹⁶³ <https://taz.de/Kritik-an-Aktion-von-AfD-nahe-Initiative/15515247/> (Abruf 01.12.2020)

Mangels weiterer Opfer in der Bundesrepublik werden in den einschlägigen Plattformen Verbrechen anderer Länder aufgeführt, sofern sie das Kriterium erfüllen, dass die Täter Geflüchtete oder Migrant*innen sind.¹⁶⁴

Die Verbrechen werden für die Belange der eigenen extrem rechten und rechtspopulistischen Agenda genutzt. Beide Bündnisse verbinden Rechtsextreme mit Rechtspopulist*innen. AfD-Landtagsabgeordnete aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sowie deren Anhänger nahmen an den Bündnissen teil, die als Sammelbewegung von Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen fungierten. Die AfD war der parlamentarische Arm von "Kandel ist überall" und stellte Ressourcen für die Veranstaltungen bereit, an denen viele extrem rechte Aktivist*innen teilnahmen. Dabei gelang es den Akteur*innen über lange Zeit, die Grenzen zwischen Neonaziszene, Neuer Rechter, Reichsbürger*innen sowie Teilen der Bürger*innen verschwimmen zu lassen. Bei den Demonstrationen waren Spruchbanner „Sei Kein Schläfschaf NWO!!!“ zu sehen, ein Plakat der Identitären Bewegung „Wehr dich gegen den großen Austausch“ war in unmittelbarer Nähe von AfD-Parteifunktionär*innen umringt. Das Bündnis „Kandel ist überall“ forderte in einem Demonstrationsaufruf „eine breite Information über die unüberwindlichen kulturellen Unterschiede zwischen Europäern und nicht westlichen Migranten zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen“¹⁶⁵, das ist eine Gedankenfigur aus dem Ethnopluralismus (siehe Abschnitt 2).

Gleich mehrere Elemente des Rechtspopulismus und der extremen Rechten kennzeichnen diese Bündnisse: NS-Relativierung mit an die Opfer der Shoah erinnernden Stolpersteinen, Dämonisierung von ‚Fremden‘, Hetze gegen Geflüchtete und Migrant*innen, Behauptung ungezügelter Kriminalität (von Geflüchteten) in Verbindung mit einem handlungsunwilligen oder handlungsunfähigen Staat, Ethnopluralismus, Verschwörungsnarrativ der „Umvolkung“ sowie der „Neuen Weltordnung“ und mehr.

Die Stadt *Ingelheim* haben extrem Rechte in den letzten beiden Jahren zu einem *Schwerpunkt ihrer Aktivitäten* gemacht. Die Demonstrationen – eine fand am 20. April 2019, dem Geburtsdatum Adolf Hitlers statt – wurden von „Der Rechten“ (teils in Personalunion mit der „Kameradschaft Rheinhessen“) zusammen mit dem „Nationalen Widerstandes Zweibrücken“ durchgeführt. Das ist insofern bemerkenswert, da „Die Rechten“ hier offensichtlich versucht, eine Koordinierungsfunktion für die freien Kräfte der extremen Rechten einzunehmen, eine Funktion, die vorher hauptsächlich die NPD erfüllt hatte. Sollte sich dies betätigen, würde es zu einer Belebung der Verbindung von parteiförmigen und parteilosen Akteur*innen der extremen Rechten in Rheinland-Pfalz kommen. Die Demonstrationen richten zum Teil sich gegen Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, zu einem anderen Teil beziehen sich positiv auf den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers, Rudolf Heß. Man erhofft sich vom Thema Rudolf Heß, welches für die extrem rechte Szene lange Zeit einen wichtiger

¹⁶⁴ Vgl. <https://rechtemedieninfo.blogspot.com/2020/08/kandel-ist-ueberall.html> (Abruf 01.12.2020)

¹⁶⁵ Manifest des Bündnisses „Kandel ist überall“ auf deren Homepage: <http://kandel-ist-ueberall.de/startseite/wp-content/uploads/2018/03/manifest-von-kandel.pdf> (Abruf 01.12.2020)

Mobilisierungskern bildete (Rudolf-Heß-Gedächtnismärsche), eine erneute symbolische Strahlkraft für jüngere Aktivist*innen.¹⁶⁶

Die Zahl von Teilnehmenden ist zwar mit 20 bis 30 nicht sehr groß, aber für die Bindung der meist jungen Anhänger*innen an die extreme Rechte sind die Demonstrationen ein wichtiger Faktor. Darüber hinaus binden regelmäßig Ressourcen von Staat und Zivilgesellschaft.

Wie in anderen Bundesländern haben auch in Rheinland-Pfalz viele Demonstrationen von *Pandemieleugner*innen und -verharmloser*innen* stattgefunden, indes mit einem im Ländervergleich geringeren Zuspruch. Jedoch gab es in Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Anzahl zahlreiche entsprechende Aktivitäten, der Mobilen Beratung sind 162 Veranstaltungen bekannt. Da von einem sich noch formierenden Potenzial ausgegangen werden kann, gilt es diese Entwicklung genau zu beobachten.

¹⁶⁶ Vgl. z.B. <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/mainz/demonstration-ingelheim-rechte-linke-polizei-100.html> (Abruf 01.12.2020)

3.4. Einschätzung der Gefährdungslage

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die sich aus der Analyse ergebenden Gefährdungslagen zusammenfassend zu bilanzieren und in knapper Weise abzubilden.

- Auf der ideologischen Ebene ist ein Anstieg von demokratiefernen und demokratiefeindlichen Einstellungen zu beobachten. Autoritäre Meinungen werden als normal angesehen und etablieren sich gesellschaftlich als scheinbar legitime demokratische Diskurse.
- Die diskursive Ebene ist gegenwärtig durch eine zunehmende Dynamik wechselseitiger Radikalisierungsprozesse gekennzeichnet. Echokammereffekte verstärken die Abkopplung von realen Entwicklungen und Sachverhalten. Diese Prozesse führen auch zu einer Entfremdung vom politischen System, die sich zu einer grundsätzlichen Infragestellung bis zur aggressiven Ablehnung von der demokratischen Grundordnung und ihrer Institutionen hin entwickeln kann. Menschenfeindliche und verfassungsfeindliche Äußerungen nehmen in den Diskursräumen zu, der gesellschaftliche demokratische Grundkonsens erodiert.
- Vormalig nicht politisch relevante Phänomene wie Verschwörungsideologien werden zu handlungsstiftenden Momenten politischer Aktivierung sowie Mobilisierung und zumindest mittelfristig eine wichtige Rolle für extrem rechte Aktivitäten spielen. Hier liegt ein Potenzial aktionsbereiter wie aktionsfähiger Militanz vor.
- Extrem rechte und rechtspopulistische Kräfte vernetzen sich zu einer Kombination von Parteien und Bewegungen mit einer Zunahme der Mobilisierungsfähigkeit und -geschwindigkeit. Die sehr heterogenen Akteure verschmelzen zu einem demokratiefeindlichen Gesamtzusammenhang, wobei den in Parlamenten vertretenen Parteien dafür nennenswerte Ressourcen zur Verfügung stehen.
- Die extrem rechte motivierte Gewaltbereitschaft und die ausgeübte Gewalt haben zugenommen, begleitet von einer Ausweitung der Bewaffnung. Die Angriffe richten sich nicht nur gegen Organisationen oder Institutionen bzw. deren symbolische Repräsentanten, sondern auch gegen einzelne Personen. Vermehrte Anschläge, insbesondere von formal nicht organisierten Einzelpersonen und „einsamen Wölfen“, führen zu einem real begründeten Bedrohungsgefühl in Bevölkerungsteilen.
- Es gibt eine erhebliche Gefährdung von Zielgruppen rechter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Jüdische Menschen, Personen mit Migrationshintergrund, Homosexuelle et al.), politisch Andersdenkenden, Antifaschist*innen, Journalist*innen und Politiker*innen. Diese Zielgruppen können nicht umfassend, dauerhaft und ausschließlich durch die Sicherheitsbehörden oder staatliche Programme geschützt werden.

Es liegt insgesamt eine ernste Gefährdung der Demokratie und des solidarischen Zusammenhalts vor, die – neben staatlicher Maßnahmen – vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen und Strategien erforderlich macht.

4.Literatur

- Arndt, Susan (2012): Die 101 wichtigsten Fragen: Rassismus. München
- Ayyadi, Kira (2020): Initiator von „Querdenken“-Demo verbreitet Verschwörungstheorien und NS-Relativierung. o.O.; zitiert nach Virchow/Häusler 2020
- Backes, Uwe (1991): Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1), S. 7-17
- Backes, Uwe (2001): Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) (46), S. 24–30.
- Backes, Uwe; Nattke, Michael (2020): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. In: Slama, Brahim Ben; Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich, Phänomenübergreifend. Wiesbaden, S. 59-85
- Baeck, Jean-Philipp; Speit, Andreas (2020) (Hrsg.): Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat. Berlin
- Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel (2014): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, 3. Auflage, Hamburg
- Barlen, Julian; Brandstetter, Marc (2015): Fremdenfeindlich 2.0 - Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der digitalen Welt. In: Decker/Henningsen/Jakobsen (2015), S. 303-320
- Beier, Katharina u. a. (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald
- Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? München
- Bizeul, Yves (2015): Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtspopulismus im heutigen Frankreich. In: Decker/Henningsen/Jakobsen (2015), S. 59-74
- Botsch, Gideon; Kopke, Christoph (2019): "Umvolkung" und "Volkstod". Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. Ulm
- Brodkorb, Mathias (2003): Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus. Münster
- Butter, Michael (2018): „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien. Berlin
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun; Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt/M
- Caballero, Luis (2016): Rechtspopulismus – Inhalte, Funktionen und Akteure. Mainz
- Caballero, Luis; Diehl, Stefan (2016): Die NPD in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten - Aus- und Wechselwirkungen 2009-2013: Analyse und Empfehlungen. 2. erw. u. überarb. Aufl, Mainz

- Chaussy, Ulrich (2020): Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen: Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden. 3. erw. Aufl., Berlin
- Claus, Robert (2020): Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert. Bielefeld
- Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 9-32
- Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobson, Kjetil (2015) (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden
- Decker, Oliver et al. (2020): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver und Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken - Neue Radikalität – alte Ressentiments. Gießen, S. 27-87.
- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Dietl, Stefan (2018): Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und 'völkischen Antikapitalismus'. 3. erw. Aufl., Münster
- Esser, Hartmut (1996): Soziologie – Allgemeine Grundlagen, 2. Aufl., Frankfurt/M.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin
- Franke, Siegfried F. (2017): Die gefährdete Demokratie. Illiberale Demokratie – Populismus – Europaskepsis. Baden-Baden
- Garsztecki, Stefan (2019): Nach den Parlamentswahlen in Polen – Vollendung der illiberalen Demokratie oder Wiederannäherung der politischen Lager? In: Polen-Analysen, (244), S. 2-7
- Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden
- Gensing, Patrick (2016): Die „Identitären“ – Rassismus als Popkultur. In: <https://www.politischebildung-brandenburg.de/blog/die-identitaeren-rassismus-als-popkultur> (Abruf 01.12.2020)
- Graus, František (1985): Judenfeindschaft im Mittelalter. In: Strauss, Herbert A.; Kampe, Norbert (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt/M, S. 29-46
- Habermas, Jürgen (2001): Der philosophische Diskurs der Moderne. 12 Vorlesungen. Frankfurt/M
- Hafeneeger, Benno et al. (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt/M
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument Nr. 178, S. 912-922
- Häusler, Alexander (2016): Themen der Rechten. In: Virchow/Langebach/Häusler (2016), S. 135-180

- Häusler, Alexander, Horst Teubert und Rainer Roeser (2013): Die "Alternative für Deutschland" - eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Düsseldorf
- Haury, Thomas (2001): Der Antizionismus der Neuen Linken in der BRD. Sekundärer Antisemitismus nach Auschwitz. In: Arbeitskreis Kritik des deutschen Antisemitismus (Hrsg.): Antisemitismus - die deutsche Normalität. Geschichte und Wirkungsweise des Vernichtungswahns. Freiburg (Breisgau), S. 217-229
- Heitmeyer, Wilhelm (1989): Rechtsextremistische Orientierung bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 3., erg. Aufl., Weinheim u.a.
- Heitmeyer, Wilhelm (2003); Mansel, Jürgen: Entleerung der Demokratie. Die unübersichtlichen Folgen sind weitreichend. In Heitmeyer, Wilhelm (2003) (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt/M
- Hermann, Melanie (2018): Reichsbürger und Souveränisten. Basiswissen und Handlungsstrategien. Berlin (hgg. von der Amadeu Antonio Stiftung)
- Hillebrand, Ernst (2015): Die populistische Herausforderung. Eine Einführung. In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa - Gefahr für die Demokratie. Bonn, S. 9-11
- Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft. Hamburg
- Janz, Carsten; Speit, Andreas (2017): "Wir sind im Krieg". Waffen innerhalb der Szene. In Speit 2017, S. 115-132
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen - Praxisfelder. Opladen
- Kellershohn, Helmut (2019): Autoritärer Liberalismus. Zum Zusammenhang von Neoliberalismus und 'Konservativer Revolution'. In: Becker, Andrea; Eberhardt, Simon; Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem 'Antikapitalismus'. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster, S. 60-69
- Keßler, Patrick (2018): Die "Neue Rechte" in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus? Protagonisten, Programmatik und Positionierungsbewegungen. Berlin
- Knieper, Rolf (2019): Antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Zivilgesellschaftliches Lagebild Antisemitismus - Rheinland-Pfalz. Berlin, S. 14-17
- Koelschitzky, Martina (1986): Die Stimme ihrer Herren. Die Ideologie der Neuen Rechten. Köln
- Krause, Daniela; Zick, Andreas; Küpper, Beate (2015): Zwischen Wut und Druck: Rechtspopulistische Einstellungen in der Mitte. In: Melzer, Ralf u.a. (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn, S. 44-60

- Küpper, Beate; Zick, Andreas; Krause, Daniela (2015): PEGIDA in den Köpfen - Wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Melzer, Ralf u.a. (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn, S. 21-43
- Marsovsky, Magdalena (2013): Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn. In: Koob, Andreas; Marcks, Holger; Marsovsky, Magdalena (Hrsg.): Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. Münster, S. 13-62
- Meisner, Matthias; Kleffner, Heike (2019) (Hrsg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. Freiburg (Breisgau)
- Mense, Thorsten (2018): ‚Jugendliche ohne Migrationshintergrund‘. Ethnische Identität und völkischer Nationalismus bei den ‚Identitären‘. In: Goetz, Judith; Sedlacek, Joseph Maria; Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘. 2. Aufl., Hamburg, S. 241-247
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2018): Drucksache 17/4981 zur Drucksache 17/4695 vom 19.12.2018
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2020): Verfassungsschutzbericht 2019.
- Minkenberg, Michael (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA - Frankreich - Deutschland. Opladen
- Möller, Kurt (2007); Schuhmacher, Nils: Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge - Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse und Skinheads. Wiesbaden
- Moreau, Patrick (1983): Die neue Religion der Rasse. Der Biologismus und die kollektive Ethik der Neuen Rechten in Frankreich und Deutschland. In: Fetscher, Iring (Hrsg.): Neokonservative und Neue Rechte. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik. München, S. 117-162.
- Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge u.a.
- Nassehi, Armin (2006): Der soziologische Diskurs der Moderne. Frankfurt/M
- Painter, Anthony (2015): Populismus, Extremismus und die Spannungen im demokratischen System. In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa - Gefahr für die Demokratie. Bonn, S. 121-127
- Pfahl-Traughber, Armin (2001): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 3. Aufl., München
- Pfeiffer, Thomas (2007): Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. In: Stefan Glaser (Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert; Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Schwalbach am Taunus, S. 36–52.
- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, (5-6), S. 3-8

- Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. Berlin
- Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 59-80
- Röpke, Andrea (2020): Terror von rechts. Militante Kontinuität und politische Ignoranz. In: Baeck/Speit (2020), S. 107-130
- Röpke, Andrea; Speit, Andreas (2013) (Hrsg.): Blut und Ehre? Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Berlin 2013
- Ruhose, Fedor (2019): Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur. Wiesbaden
- Ruhose, Fedor (2020): Die AfD vor der Bundestagswahl 2021. Wirkung - Perspektiven - Strategien. Wiesbaden
- Rydgren, Jens (2012): Fremdenfeindlichkeit und radikaler Rechtspopulismus: ein Teufelskreis? In: Robertson-von Trotha, Caroline Y. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts ‚Mitte‘? Baden-Baden, S. 39-46
- Schedler, Jan: Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse. In: Virchow/Langebach/Häusler (2016), S. 285-32
- Schellenberg, Britta (2016): Hassrede, Vorurteils kriminalität und rechte Radikalisierung in Deutschland. In Benz, Wolfgang (Hrsg.): Fremdenfeinde und Wutbürger. Verliert die demokratische Gesellschaft ihre Mitte. Berlin, S. 99-116
- Schillo, Johannes (2018): Die AfD und ihre Desiderius-Erasmus-Stiftung. In: Auswege – Perspektiven für den Erziehungsalltag - Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht (<https://www.magazin-auswege.de/data/2018/10/Schillo-Desiderius-Erasmus-Stiftung.pdf>; Abruf 01.12.2020)
- Schmollinger, Horst W. (1986): Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.): Parteienhandbuch. Opladen, S. 1922–1994.
- Schwagerl, Hans Joachim (1993): Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt/M
- Sieber, Roland (2020): Terror als Spiel. Virtuell vernetzter Rechtsterrorismus rund um den Globus. In: Baeck/Speit (2020), S. 46-66
- Sohn, Manfred (2017): Falsche Feinde. Was tun gegen die AfD? Hamburg
- Speit, Andreas (2005): „Wir marschieren bis zum Sieg“. In: Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hrsg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. 2., akt. Aufl., Berlin, S. 18–39.
- Speit, Andreas (2017) (Hrsg.): Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Berlin
- Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 33-58

- Stahl, Enno (2019): Die Sprache der neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien. Stuttgart
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. 2. Aufl., Köln
- Staud, Toralf und Johannes Radke (2012): Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts. Köln
- Strømme, Øyvind (2015): Der Soloterrorist als Kulturphänomen. In: Decker/Henningsen/Jakobson (2015), S. 245-254
- Taggart, Paul (2000): Populism. Buckingham/Philadelphia
- Teidelbaum, Lucius (2013): Das rechtspopulistische Potenzial der „Alternative für Deutschland“, Berlin
- Virchow, Fabian (2006): Dimension der "Demonstrationspolitik" der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, S. 68-101
- Virchow, Fabian (2016): "Rechtsextremismus": Begriffe - Forschungsfelder - Kontroversen. In: Virchow/Langebach/Häusler (2016), S. 5-41
- Virchow, Fabian; Häusler, Alexander (2020): Pandemie-Leugnung und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. Bonn. Kurzgutachten 3 des Netzwerks für Extremismusforschung in Nordrhein-Westfalen
- Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden
- Weber, Christiane (o.J.): Kriegsgefangenschaft in den Rheinwiesenlagern (1945 bis 1948). In: Blätter zum Land, Nr. 63. Osthofen
- Zick, Andreas: Menschenfeindliche Einstellungen. In: Möller, Kurt; Neuscheler, Florian (Hrsg.): "Wer will die hier schon haben?" Ablehnungshaltungen und Diskriminierungen in Deutschland. Stuttgart, S. 53-74
- Zick, Andreas; Klein, Anna Klein (2014): Bruch- und Nahtstellen eines fragilen Zustands Zusammenfassung und Vorschläge für eine zivilcouragierte Bildung. In: Zick, Andreas; Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn, S. 139-156
- Zick, Andreas; Küpper, Beate: Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In: Virchow/Langebach/Häusler (2016), S. 83-113

5. Abkürzungsverzeichnis

AB	Aktionsbüro
AfD	Alternative für Deutschland
DVU	Deutsche Volksunion
EU	Europäische Union
IBD	Identitäre Bewegung Deutschlands
KSK	Kommando Spezialkräfte
IfSG	Infektionsschutzgesetz
NATO	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt-Organisation)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
SA	Sturmabteilung, paramilitärische Parteiorganisation der NSDAP
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)